



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1965

Montag, den 12. April 1965

Nr. 15

Inhalt:	Seite	Seite	
Der Hessische Ministerpräsident			
Erteilung des Exequaturs an den Türkischen Generalkonsul, Herrn Sadi Akarcalioglu	409		
Erteilung der vorläufigen konsularischen Zulassung an den Indischen Generalkonsul, Herrn V. C. Vijayaraghavan	409		
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 3. bis 26. 3. 1965	409		
Der Hessische Minister des Innern			
Anerkennung ausländischer Pässe; hier: brasilianische Fremdenpässe	410		
Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Hochstadt, Landkreis Hanau	410		
Änderung der Grenze zwischen den Gemeinden Kämmerzell und Lehnert im Landkreis Fulda	410		
Verordnung Nr. 9 über den Europäischen Sozialfonds (Verordnung des Rates der EWG vom 25. 8. 1960); hier: Nachweis der Kosten für die Umsiedlung arbeitsloser Arbeitskräfte	410		
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Hitzkirchen, Landkreis Büdingen	411		
Der Hessische Minister der Finanzen			
13. Änderung der Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Lande Hessen; hier: Zulassung — Änderung des Niederlassungsortes	411		
Der Hessische Minister der Justiz			
Ortsgerichte im Landgerichtsbezirk Wiesbaden	411		
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr			
Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 37 in der Gemarkung Burghaun, Landkreis Hünfeld	412		
		Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	
		Beitragsnachlaß für Kriegs- und Schwerbeschädigte sowie Körperbehinderte in der Kraftfahrtversicherung; hier: Allgemeine Tarifbestimmung Nr. 6	412
		Kriegsopferfürsorge; hier: Verhältnis der Leistungen der Kriegsopferfürsorge zur Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz	412
		Kriegsopferfürsorge; hier: Anwendung des § 27 Abs. 5 BVG, wenn die Verzögerung des rechtzeitigen Abschlusses der Ausbildung auf die Ableistung eines verlängerten Grundwehrdienstes zurückgeht	412
		Gewerbeaufsicht — Bergaufsicht betr. Gewährung von ERP-Krediten zum Bau von Anlagen zur Reinhaltung der Luft	413
		Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten	
		Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung; hier: Verstaatlichung der Gemeinderevierförsterei Anspach, Hess. Forstamt, Hess. Forstamt Usingen	413
		Flurbereinigung Süß, Krs. Rotenburg a. d. F.	413
		Flurbereinigung Storndorf, Krs. Alsfeld	414
		Personalnachrichten	
		C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	414
		D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen	416
		H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	417
		Buchbesprechungen	418
		Öffentlicher Anzeiger	420
		Hessische Landesbank - Girozentrale - Bilanz zum 31. 12. 1964	420
		3. Nachtrag zur Satzung des Hessischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes Frankfurt (Main)	429

345

Der Hessische Ministerpräsident

Erteilung des Exequaturs an den Türkischen Generalkonsul, Herrn Sadi Akarcalioglu

Bezug: Mein Schreiben vom 30.12.1964 — II/3 — 2e 10/03

Die Bundesregierung hat dem zum Türkischen Generalkonsul in Frankfurt am Main ernannten Herrn Sadi Akarcalioglu am 10. März 1965 das Exequatur erteilt.

Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Wiesbaden, 23. 3. 1965

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei
II/3 — 2e 10/03

St.Anz. 15/1965 S. 409

346

Erteilung der vorläufigen konsularischen Zulassung an den Indischen Generalkonsul, Herrn V. C. Vijayaraghavan

Die Bundesregierung hat dem zum Indischen Generalkonsul in Frankfurt am Main ernannten Herrn V. C. Vijayaraghavan am 17. März 1965 die vorläufige Zulassung erteilt.

Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Venkata Sidharthacharry am 20. Juni 1963 erteilte Exequatur ist erloschen.

Wiesbaden, 26. 3. 1965

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei

II/3 — 2e 10/03

St.Anz. 15/1965 S. 409

347

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 3. 1965 bis 26. 3. 1965

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt
62 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Staat und Wirtschaft in Hessen

Februar 1965 — 20. Jahrgang — 2. Heft

Aus dem Inhalt:

Investitionen der hessischen Industrie 1962
Baulandverkäufe und -preise 1963
Entwicklung der Viehhaltung 1964
Auspendler nach dem überwiegend benutzten Verkehrsmittel
Aufwand für die Sozialhilfe 1963
Leistungen der Kriegsopferfürsorge 1963
Hessischer Zahlenspiegel

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr. 8 Neue Folge

Die Umsätze und ihre Besteuerung 1962

Preis
DM
1,50

4,—

Statistische Berichte

C III 3 — m 1/65

Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im Januar 1965

C III 3 — j/64

Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im Jahre 1964

—,50

1,—

	Preis DM		Preis DM
C IV 3 — m 2/65 Ergebnisse aus betriebswirtschaftlichen Meldungen in Hessen im Februar 1965	—,50	K I 5 — j/63 Die Kriegspopferfürsorge in Hessen im Jahre 1963	1,—
E I 2 — m 1/65 Die industrielle Produktion in Hessen im Januar 1965	—,50	L II 1 — m 2/65 Landes- und Bundessteuern im Februar 1965 in Hessen	—,50
E II 1 — vj 4/64 Das Handwerk in Hessen im 4. Vierteljahr 1964 und im Jahre 1964	—,50	M I 1 — m 1/65 Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen im Januar 1965	1,—
F II 3 — j/64 Der Bauüberhang in Hessen am Jahresende 1964	—,50	N I 1 — vj 4/64 — Teil I Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im Oktober 1964 und im Jahr 1964 Teil I: Verdienste und Arbeitszeiten der Industriearbeiter	1,—
F II 10 — vj 4 u. j/64 Die Auftragsvergaben im Tiefbau in Hessen im 4. Vierteljahr 1964 und im Jahre 1964	—,50	N I 1 — vj 4/64 — Teil II Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im Oktober 1964 und im Jahr 1964 Teil II: Verdienste und Arbeitszeiten der Angestellten Wiesbaden, 26. 3. 1965	1,—
H I 1 — m 1/65 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Januar 1965	—,50		
H I 4 — m 12/64 Der Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im Dezember 1964 und im Jahre 1964	—,50		

Hessisches Statistisches Landesamt
Z 2 c 1 — Az.: 77 a 241.65
StAnz. 15/1965 S. 409

348

Der Hessische Minister des Innern

Anerkennung ausländischer Pässe

hier: brasilianische Fremdenpässe

Brasilianische Fremdenpässe enthalten keine Eintragungen über ihre Gültigkeitsdauer und die Rückkehrberechtigung des Inhabers. Auf Anfrage hat das brasilianische Außenministerium der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rio de Janeiro hierzu folgendes mitgeteilt:

„Alle Inhaber brasilianischer Reisepässe, einschließlich der Inhaber von Fremdenpässen sind zur Rückkehr nach Brasilien berechtigt, soweit die Pässe gültig sind. Da Fremdenpässe Ausländern ausgestellt werden, die ihren ständigen Wohnsitz in Brasilien haben und Inhaber der Kennkarte Modell 19 sind, ist lediglich zu beachten, daß die Rückkehr der Inhaber solcher Pässe innerhalb der in Artikel 37 des Gesetzesdekrets Nr. 7.967 von 1945 festgesetzten Fristen erfolgen muß.

Wenn in bestimmten Einzelfällen und auf Grund höherer Entscheidungen ein Fremdenpaß für einen Ausländer ausgestellt wird, der Brasilien endgültig verlassen will, wird dies im Paß vermerkt. Der betreffende Ausländer hat dann selbstverständlich keinen Anspruch darauf, den Paß zur Rückkehr nach Brasilien zu benutzen.“

Artikel 37 des Gesetzesdekrets Nr. 7.967 hat den nachstehenden Wortlaut:

„Ein mit ständigem Wohnsitz in Brasilien registrierter Ausländer, der Brasilien für den Zeitraum eines Jahres verläßt, einer Frist, die nach dem Ermessen der Konsularbehörde um ein weiteres Jahr verlängert werden kann, darf auf Grund der Vorlage eines Nachweises über seinen gesetzmäßigen Aufenthalt im Inland nach Brasilien zurückkehren.“

Der Bundesminister des Innern hat in einem Erlaß an die Grenzschutzdirektion in Koblenz vom 16. März 1965 für brasilianische Fremdenpässe eine Ausnahme von § 49 Abs. 1 in Verbindung mit § 43 Abs. 1 Nr. 6 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über das Paßwesen (AVV) zugelassen und sie nach § 49 Abs. 2 a. a. O. als ausreichend für den Grenzübertritt anerkannt.

Ich bitte, brasilianische Fremdenpässe für die Dauer eines Jahres und nach Verlängerung der Rückkehrberechtigung für die Dauer von insgesamt zwei Jahren — jeweils vom Tage der Ausstellung an gerechnet — auch als ausreichend für den Aufenthalt im Bundesgebiet (§ 2 des Paßgesetzes) anzuerkennen.

Wiesbaden, 26. 3. 1965

Der Hessische Minister des Innern
III b — 23 c 02

StAnz. 15/1965 S. 410

349

Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Hochstadt, Landkreis Hanau, Regierungsbezirk Wiesbaden

Der Gemeinde Hochstadt im Landkreis Hanau, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen

Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

„Zwischen schmalen goldenen Seitenstreifen eine breite rote Mittelbahn. Darin in der oberen Hälfte das Wappen.“

Wiesbaden, 23. 3. 1965

Der Hessische Minister des Innern
IV b 3 — 3 k 06 — 23/65

StAnz. 15/1965 S. 410

350

Änderung der Grenze zwischen den Gemeinden Kämmerzell und Lehnerz im Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel

Die Hessische Landesregierung hat am 18. Februar 1965 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 6. 5. 1964 (GVBl. S. 61) wird mit Wirkung vom 1. April 1965 nachstehendes Flurstück aus dem Gebiet der Gemeinde Kämmerzell ausgegliedert und in das Gebiet der Gemeinde Lehnerz eingemeindet:

Gemarkung Oberförsterei Fulda,

Flur 2, Flurstück 22/3 = 433 qm.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 26. 3. 1965

Der Hessische Minister des Innern
IV b 3 — 3 k 08 — 46/65

StAnz. 15/1965 S. 410

351

Verordnung Nr. 9 über den Europäischen Sozialfonds (Verordnung des Rates der EWG vom 25. August 1960 — BGBl. II S. 2285 —);

hier: Nachweis der Kosten für die Umsiedlung arbeitsloser Arbeitskräfte

Bezug: 1. Erlaß vom 19. 10. 1962 — X/1c — 58 b 20 — E 197/62 — (StAnz. S. 1482), 2. Erlaß vom 16. 5. 1963 — X/1c — 58 b 20 — E 217/63 — (StAnz. S. 640).

Die mit den Bezugserlassen angeordnete Tätigkeit für die Durchführung der Verordnung Nr. 9 über den Europäischen Sozialfonds ist ab sofort einzustellen. Die Bezugserlasse werden aufgehoben.

Noch in Bearbeitung befindliche Unterlagen sind an den Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Gießen abzugeben.

Wiesbaden, 19. 3. 1965

Der Hessische Minister des Innern
als Staatsbeauftragter für das Flüchtlingswesen
X b — 58 b 20 — E 256/65

StAnz. 15/1965 S. 410

352

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Hitzkirchen, Landkreis Büdingen, Regierungsbezirk Darmstadt

Der Gemeinde Hitzkirchen im Landkreis Büdingen, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„In Blau ein goldenes Hirschhorn und ein silbernes H.“
Wiesbaden, 24. 3. 1965

Der Hessische Minister des Innern
IV b 3 — 3 k 06 — 23/65
StAnz. 15/1965 S. 411

Der Hessische Minister der Finanzen

353

13. Änderung der Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Lande Hessen

hier: A Zulassung (Veröffentlichung gemäß § 8 der Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure vom 20. 1. 1938 — RGBl. I S. 40);
B Änderung des Niederlassungsortes (Bekanntgabe gemäß § 5 Abs. 2 a. a. O.)

Bezug: Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (StAnz. 1963 S. 278; letzte Änderung StAnz. 1964 S. 1367)

A

Lfd. Nr. der Zulassung	Name, Vorname	geboren am: in:	a) zugelassen mit Erlaß vom: b) vereidigt am:	a) Wohnort, Straße Niederlassungsort, Straße
67	Schuch, Erich	29. 4. 1898 Magdeburg	a) 23. 2. 1965 b) 3. 3. 1965	a) Fulda, Gallasining 31 b) daselbst
68	Heun, Hans	7. 9. 1896 Limburg (Lahn)	a) 24. 2. 1965 b) 4. 3. 1965	a) Limburg (Lahn), Marktstraße 13 b) daselbst
69	Dr.-Ing. Dürrbaum, Heinrich	14. 1. 1902 Kassel	a) 8. 3. 1965 b) 15. 3. 1965	a) Frankfurt (Main), Kleiststraße 2 b) daselbst

Lfd. Nr. der Zulassung	Name, Vorname	a) neuer Wohnort, Straße b) neuer Niederlassungsort, Straße
60	Dipl.-Ing. Müller, Oskar	b) Hanau (Main), Gustav-Hoch-Straße 61
66	Dr.-Ing. Grandjean, Hans-Erich	b) Frankfurt (Main), Rohrbachstraße 27

Wiesbaden, 24. 3. 1965

Der Hessische Minister der Finanzen
K 2700 B — 112, 109, 121, 107, 122 — VI/1
StAnz. 15/1965 S. 411

Der Hessische Minister der Justiz

354

Ortsgerichte im Landgerichtsbezirk Wiesbaden

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Ortsgerichtsgesetzes vom 6. Juli 1952 (GVBl. S. 124) wird im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern bestimmt:

Das in der Gemarkung Wiesbaden-Biebrich gelegene Gebiet, begrenzt im Südosten von der Schiersteiner Straße, im Nordosten von der Waldstraße und im Südwesten sowie Westen

von der Eisenbahnlinie Hauptbahnhof—Güterbahnhof West, wird aus dem Bezirk des Ortsgerichts Wiesbaden-Biebrich aus- und in den Bezirk des Ortsgerichts Wiesbaden-Alt eingegliedert. Dieser Erlaß tritt am 1. Mai 1965 in Kraft.

Wiesbaden, 23. 3. 1965

Der Hessische Minister der Justiz
3842/2 — II/7 — 4

StAnz. 15/1965 S. 411

355

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 37 in der Gemarkung Burghaun, Landkreis Hünfeld, Regierungsbezirk Kassel

Die in der Gemarkung Burghaun, Landkreis Hünfeld, Regierungsbezirk Kassel, gelegene Teilstrecke der Kreisstraße 37 von km 0,108 alt bis km 0,254 alt (= km 0,372 neu) = 146 m verliert mit Ablauf des 31. März 1965 die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße. Sie wird mit Wirkung vom 1. April 1965 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft. Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Burghaun über (§ 3 Abs. 1, §§ 5, 43 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende

Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 23. 3. 1965

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
III b 1 — Az.: 63 a 30

StAnz. 15/1965 S. 412

356

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Beitragsnachlaß für Kriegs- und Schwerbeschädigte sowie Körperbehinderte in der Kraftfahrtversicherung;

hier: Allgemeine Tarifbestimmung Nr. 6

Bezug: Mein Erlaß vom 23. 10. 1964 — StAnz. S. 1495 —

Die Fassung des Abs. 3 Satz 3 der Nr. 6 der allgemeinen Tarifbestimmungen der Versicherungsunternehmen hat zu Zweifeln Anlaß gegeben, ob auch eine Änderung der Bedienungseinrichtung, deren Kosten von den Schwerbeschädigten selbst getragen werden, zu einem Beitragsnachlaß führen kann. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat hierzu in seinem Rundschreiben vom 4. Januar 1965 — BVBl. S. 23 — folgendes ausgeführt:

„Soweit den in Betracht kommenden Personen Änderungen der Bedienungseinrichtungen des Kraftfahrzeugs von der Verkehrsbehörde zur Auflage gemacht und in den Führerschein eingetragen worden sind, genügt allein diese Auflage für die Gewährung des Beitragsnachlasses. In diesen Fällen ist es also nicht mehr erforderlich, daß die Kosten der Änderungen der Bedienungseinrichtungen von einem gesetzlich dazu verpflichteten Kostenträger erstattet werden und darüber ein Nachweis geführt wird.“

Wiesbaden, 9. 3. 1965

Der Hessische Minister
für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
IV d 51 g 1611

StAnz. 15/1965 S. 412

357

Kriegsopferfürsorge;

hier: Verhältnis der Leistungen der Kriegsopferfürsorge zur Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz

Nach § 276 Abs. 1 Satz 3 LAG entfällt die Krankenversorgung nach den Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes unter anderem dann, wenn nach dem Bundesversorgungsgesetz ein Anspruch auf entsprechende Leistungen besteht. Soweit die Angehörigen von Beschädigten und die Hinterbliebenen nach den §§ 10 ff. BVG Anspruch auf Krankenbehandlung haben, sind daher Leistungen nach § 276 LAG ausgeschlossen. Leistungen der weitergehenden Heilbehandlung wie z. B. Zahnersatz oder orthopädische Versorgung, erhalten die Angehörigen von Beschädigten und die Hinterbliebenen, die unterhaltshilfeberechtigt sind, im Rahmen der Krankenversorgung nach § 276 LAG, die nach § 276 Abs. 3 LAG von den Trägern der Sozialhilfe und nicht von den Trägern der Kriegsopferfürsorge zu gewähren sind.

Leistungen der Heil- oder Krankenbehandlung an Berechtigte nach § 276 LAG kommen im Rahmen der Kriegsopferfürsorge nicht in Betracht, da die Kriegsopferfürsorge gegenüber der Krankenversorgung als einem Teil der Unterhaltshilfe nachrangig ist.

Wiesbaden, 15. 3. 1965

Der Hessische Minister
für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
IV d 51 g 0403

StAnz. 15/1965 S. 412

358

Kriegsopferfürsorge;

hier: Anwendung des § 27 Abs. 5 BVG, wenn die Verzögerung des rechtzeitigen Abschlusses der Ausbildung auf die Ableistung eines verlängerten Grundwehrdienstes zurückgeht.

Bezug: Erlaß vom 13. 3. 1963 (StAnz. S. 423).

Der verlängerte Grundwehrdienst nach § 5 Abs. 2 des Wehrpflichtgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. 1. 1961 (BGBl. I S. 29), der bis zum Inkrafttreten des 2. Gesetzes zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes vom 22. 3. 1962 (BGBl. I S. 169) geleistet werden konnte, ist rechtlich anders zu beurteilen als die Dienstzeit, die als Soldat auf Zeit geleistet wird. Demnach trifft auch die mit Erlaß vom 13. 3. 1963 gekanntgegebene Auffassung des Bundesministers des Innern über die Anwendung des § 27 Abs. 5 BVG bei ehemaligen Soldaten auf Zeit für die Fälle nicht zu, in denen Wehrpflichtige einen verlängerten Grundwehrdienst abgeleistet haben.

Der Bundesminister des Innern hat nunmehr auf Grund eines Einzelfalles mit Schreiben vom 5. 3. 1965 — V 7 — 515 230 II — zu der Frage, ob und inwieweit eine Verzögerung des rechtlichen Abschlusses der Ausbildung, die auf die Ableistung eines verlängerten Grundwehrdienstes zurückgeht, vom Auszubildenden zu vertreten ist, wie folgt Stellung genommen:

„Der verlängerte Grundwehrdienst dauerte achtzehn Monate und gliederte sich in zwei Abschnitte: Ein Jahr wurde gesetzlicher Wehrdienst geleistet. In dieser Zeit erhielt der Wehrpflichtige der sich für einen verlängerten Grundwehrdienst verpflichtet hatte, wie jeder andere Wehrpflichtige lediglich Wehrsold. Für das über die gesetzliche Wehrpflicht hinausgehende halbe Jahr wurden hingegen Dienstbezüge wie bei einem Soldaten auf Zeit gewährt. Im Falle des sogenannten verlängerten Grundwehrdienstes kamen dem Wehrpflichtigen die finanziellen Vorteile eines Soldaten auf Zeit somit für die Dauer eines halben Jahres zugute. Es dürfte daher gerechtfertigt sein, im Rahmen der Erziehungsbeihilfe auch nur dieses halbe Jahr als zu vertretende Verzögerung auf die Gesamtförderung anzurechnen. Wird Waisenrente nach § 45 Abs. 3 BVG für die Zeit, für die im Rahmen des verlängerten Grundwehrdienstes lediglich Wehrsold bezogen wurde, über das 25. Lebensjahr hinaus gewährt, dann ist bereits nach § 27 Abs. 2 BVG Erziehungsbeihilfe zu gewähren.“

Ich bitte um Beachtung. Fälle, über die bereits abweichend von dieser Rechtsauffassung entschieden worden ist, bitte ich zu überprüfen.

Wiesbaden, 15. 3. 1965

Der Hessische Minister
für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
IV d 51 g 0401

StAnz. 15/1965 S. 412

359

Gewerbeaufsicht — Bergaufsicht Gewährung von ERP-Krediten zum Bau von Anlagen zur Reinhaltung der Luft

Der Bundesschatzminister hat im Bundesanzeiger vom 13. 12. 1963, Nr. 232, S. 1, die „Richtlinien für die Gewährung von ERP-Krediten zum Bau von Anlagen zur Reinhaltung der Luft“ vom 9. 12. 1963 veröffentlicht.

Sie lauten:

„Die zunehmende Verunreinigung der Luft gefährdet die menschliche Gesundheit und die Vegetation. Aus Mitteln des ERP-Sondervermögens werden Kredite an die gewerbliche Wirtschaft für die Errichtung von Anlagen zur Reinhaltung der Luft bereitgestellt.

Für die Kreditvergabe gelten die folgenden Bedingungen:

1. Die ERP-Kredite dienen zur anteiligen Finanzierung von Anlagen zur Reinhaltung der Luft. Die Kredite dürfen nur zur Finanzierung solcher Investitionen gewährt werden, mit deren Durchführung im Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht begonnen worden ist.

2. Antragsberechtigt sind Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, Anträge von kleinen und mittleren Unternehmen werden bevorzugt berücksichtigt.

Die Antragsteller haben entsprechend ihrer Vermögens-, Liquiditäts- und Ertragslage für die Finanzierung der Maßnahmen Eigenmittel und Kredite aus Kapitalmarktmitteln einzusetzen.

3. Der Zinssatz für die ERP-Kredite beträgt 4% p.a., die Laufzeit bis zu 18 Jahre unter Einschluß von 2 tilgungsfreien Jahren.

Die Kredite werden in voller Höhe ausbezahlt.

4. Die Kredite sind nach den Bedingungen der Kreditinstitute abzusichern.

5. Die Kreditanträge sind an die für die Luftreinhaltung zuständigen obersten Landesbehörden zu richten. Die Landesbehörden leiten die Anträge mit einer Stellungnahme an das Bundesministerium für Gesundheitswesen weiter.

6. Die Kredite werden den Endkreditnehmern über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a. M., zur Verfügung gestellt.“

Die Anträge sind auf vorgeschriebenen Formblättern bei den örtlich zuständigen Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtern bzw. Bergämtern einzubringen. Nähere Auskunft über die Formblätter und die für die Antragstellung erforderlichen Angaben erteilen die Gewerbeaufsichtsamter (Bergämter). Diejenigen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft (oder des Bergbaus), die der Auffassung sind, zum Bau von Anlagen zur Reinhaltung der Luft einen ERP-Kredit in Anspruch nehmen zu müssen, werden daher gebeten, sich zunächst an das zuständige Staatliche Gewerbeaufsichtsamter (Bergamt) zu wenden.

Die Anträge werden von mir als der für die Luftreinhaltung zuständigen obersten Landesbehörde mit entsprechender Stellungnahme an den Bundesminister für Gesundheitswesen weitergeleitet, der zusammen mit dem Bundesschatzminister in einem Vergabeausschuß über die Anträge entscheidet.

Diese Bekanntmachung erfolgt im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Wiesbaden, 25. 3. 1965

Der Hessische Minister

StAnz. 15/1965 S. 413

für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
III c — Az.: 53b 06.01 — Tgb.-Nr. 008592/65

360

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung;

hier: Verstaatlichung der Gemeinderevierförsterei
Anspach, Hess. Forstamt Usingen

Auf Antrag der Gemeinde Anspach wurde gemäß § 33 Hess. ForstGes. die Ausübung des forsttechnischen Betriebes im Gemeindewald Anspach durch staatliche Forstbetriebsbeamte mit Wirkung vom 1. 7. 1965 angeordnet.

Wiesbaden, 17. 3. 1965

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
III f — I/441 — 301.04

StAnz. 15/1965 S. 413

361

Flurbereinigung Süß, Krs. Rotenburg a. d. F.

Änderungsbeschuß

Im Flurbereinigungsverfahren von Süß, Kreis Rotenburg a. d. F., wird aufgrund des § 8 Abs. 2 des Flurbereinigungs-gesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) das Flurbereinigungsgebiet wie folgt geändert:

1. Die Grundstücke a) der Flur 3 der Gemarkung Trottenwald (zur Gemeinde Bauhaus gehörig); b) Nr. 1/1, 2/22, 2/25, 2/27, 2/31, 7/1, 17/5 18/5, 29/2, 111/1, 112/2, 113/2 und 115/2 der Flur 4 der Gemarkung Trottenwald (zur Gemeinde Bauhaus gehörig); c) der Flur 5 der Gemeinde Trottenwald soweit sie zur Gemeinde Bauhaus gehören; d) der Flur 7 der Gemarkung Trottenwald (zur Gemeinde Bauhaus gehörig); e) der Flur 8 der Gemarkung Trottenwald (zur Gemeinde Bauhaus gehörig); f) Nr. 22 tlw. der Flur 17 der Gemarkung Bosserode (zur Gemeinde Bosserode gehörig); g) Nr. 27/21 der Flur 17 der Gemarkung Bosserode (zur Gemeinde Bauhaus gehörig) werden zum Verfahrensgebiet zugezogen.

Bei den vorstehend aufgeführten Grundstücken handelt es sich nahezu ausschließlich um Waldgrundstücke des Trottenwaldes und landwirtschaftliche Nutzflächen des Vorwerkes Bellers. Die Zuziehung erfolgt lediglich aus vermessungstechnischen Gründen.

2. Die Grundstücke Nr. 144/47, 143/48, 49, 50/2, 50/3, 51/2, 51/3, 51/5, 51/6, 51/7, 51/8, 51/10, 51/11, 101/51, 138/52, 53/1, 56/2, 136/58 und 137/58 der Flur 10 der Gemarkung Richelsdorf (zur Gemeinde Richelsdorf gehörig) werden ebenfalls zum

Verfahrensgebiet zugezogen. Die Zuziehung erfolgt zum Zwecke der Regulierung der Gemeindebezirksgrenze.

3. Bei der Durcharbeitung des Flurbereinigungsbeschlusses vom 23. Juni 1960 wurde festgestellt, daß die Gebietsabgrenzung nach dem Wortlaut des Beschlusses sich in einzelnen Feldlagen nicht mit der Darstellung in der Gebietskarte deckt, die einen Bestandteil des Beschlusses vom 23. Juni 1960 bildet. Um jeden Zweifel auszuschließen, wird festgestellt, gegebenenfalls durch die hiermit bewirkte Ergänzung des Beschlusses vom 23. Juni 1960, daß neben den unter lfd. Nr. 1 und lfd. Nr. 2 dieses Beschlusses genannten Grundstücke die folgenden Grundstücke das Flurbereinigungsgebiet bilden: a) die Fluren 1 bis 3, 5 bis 12, 14 bis 16 und 18 der Gemarkung Süß (zur Gemeinde Süß gehörig) b) die Fluren 4 und 13 der Gemarkung Süß (tlw. zur Gemeinde Süß und tlw. zur Gemeinde Bauhaus gehörig); c) die Flur 17 der Gemarkung Süß (zur Gemeinde Bauhaus gehörig); d) die Fluren 4 und 5 der Gemarkung Trottenwald soweit sie zur Gemeinde Süß gehören.

4. Das Flurbereinigungsgebiet umfaßt nunmehr eine Gesamtfläche von 1 448 ha worin eine Waldfläche von 1 040 ha enthalten ist. Die Abgrenzung ist aus der Gebietskarte ersichtlich, die einen Bestandteil dieses Änderungsbeschlusses bildet.

5. Die Feststellungen unter den lfd. Nrn. 1 bis 4 decken sich im Wortlaut mit den Feststellungen des Änderungsbeschlusses des Kulturamtes Bad Hersfeld vom 26. Mai 1964. Der letztgenannte Änderungsbeschuß ist wegen Unzuständigkeit des Kulturamtes Bad Hersfeld als nichtig anzusehen. Er wird hiermit aufgehoben und durch obenstehende Feststellung unter den lfd. Nr. 1 bis 4 ersetzt.

6. Widerspruch gegen den vorstehenden Änderungsbeschuß kann innerhalb von 2 Wochen vom 1. Tage der Veröffentlichung ab, beim Landeskulturamt, Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde, erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder nur Niederschrift beim Landeskulturamt, Wiesbaden, Parkstraße 44, zu erklären. Er kann auch bei dem Kulturamt Bad Hersfeld, Dudenstraße 15, innerhalb der v. g. Frist eingelegt werden.

Wiesbaden, 16. 3. 1965

Landeskulturamt

KF 160 — Süß — 46.145/64

StAnz. 15/1965 S. 413

362

Flurbereinigung Stordorf, Krs. Alsfeld

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I, S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die zweite Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Stordorf, Krs. Alsfeld, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung von Stordorf einschließlich der Ortslage und des Waldes festgestellt. Es hat eine Größe von 819 ha, davon 168 ha geschlossener Wald. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der anliegenden Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Stordorf“ mit dem Sitz in Stordorf, Krs. Alsfeld. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Lauterbach, Adolf-Spieß-Str. 34 anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufs ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen,

Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Stordorf, Krs. Alsfeld, und Nachbargemeinden öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme bei dem Bürgermeisteramt Stordorf sowie in den angrenzenden Gemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am ersten Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 10. 3. 1965

Landeskulturamt
DF 423 G. Nr. 7186/65

St.Anz. 15/1965 S. 414

363

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**b) Regierungspräsident in Darmstadt**

ernannt

zum Regiergungsdirektor Oberregierungsrat (BaL) Dr. Hartmut Wierscher (19. 3. 1965);

zum Oberregierungsrat Regierungsrat (BaL) Winfried Kerner (29. 1. 1965);

zum Regierungsassessor (BaP) die Assessoren Manfred Voucko (24. 2. 1965), Martin Schmidt (19. 3. 1965);

zum Regierungsammann die Regierungsoberinspektoren (BaL) Werner Heimerl (27. 1. 1965), Ernst Scheidel, Staatl. Betriebskrankenkasse für Hessen in Darmstadt (27. 1. 1965), Walter Schopbach LA Alsfeld (28. 2. 1965);

zum Regierungsoberinspektor die Regierungsinspektoren (BaL) Walter Ehle (27. 1. 1965), Friedrich Oesterling (27. 1. 1965), Heinz Schubert (22. 2. 1965);

zum Regierungshauptsekretär Regierungsobersekretär Günther König, LA Alsfeld (22. 2. 1965);

zum Regierungsobersekretär die Regierungssekretäre (BaL) Otto Wunderlich, LA Dieburg (28. 1. 1965), Johannes Seewald, LA Alsfeld (16. 2. 1965);

zur Regierungsobersekretärin Regierungssekretärin (BaL) Erika Schlee, LA Offenbach (24. 2. 1965);

zum Amtsmeister Hauptamtsgehilfe (BaL) Georg Schanz (5. 1. 1965);

zum Hauptamtsgehilfen die Oberamtsgehilfen (BaL) Ernst Buhl (5. 1. 1965), Ferdinand Hanika (5. 1. 1965), Wilhelm Rütz (5. 1. 1965);

in den Ruhestand versetzt

Oberregierungsrat Dr. Johann Friedrich Paulssen mit Ablauf des 31. 1. 1965;

Regierungsrat Dr. Ernst Landgrebe mit Ablauf des 31. 1. 1965;

Regierungsoberinspektor Arnold Markhoff mit Ablauf des 31. 1. 1965;

entlassen

Regierungsvizepräsident Dr. Hans Kiskalt durch Amtseinführung als hauptamtlicher Stadtrat der Stadt Frankfurt/M. am 14. 1. 1965 gem. § 39 Abs. 1 Nr. 4 HBG aus dem Landdienst entlassen.

Für den Bereich der staatlichen Polizei im Regierungsbezirk Darmstadt

ernannt

zum Polizeihauptmeister Polizeiobermeister (BaL) Hans Koch, LA — PK — Gießen (28. 12. 1964);

zum Polizeiobermeister Polizeimeister (BaL) Aloys Weigand, LA — PK — Dieburg (23. 12. 1964);

zum Polizeimeister die Polizeihauptwachmeister (BaL) Heinrich Schmidt, PVB Butzbach (15. 12. 1964), Theodor Speckhardt, LA — PK — Darmstadt (24. 12. 1964), Wolfgang Rupp, LA — PK — Lauterbach (24. 12. 1964), Friedhelm Schmall, LA — PK — Offenbach (23. 12. 1964), Josef Schrom, PVB Darmstadt (23. 12. 1964), Horst Kunkelmann, LA — PK — Dieburg (23. 12. 1964), Herbert Richter, LA — PK — Friedberg (24. 12. 1964), Eduard Rudrich, LA — PK — Gießen (28. 12. 1964), Heinrich Schäfer, LA — PK — Alsfeld (23. 12. 1964), Karl Zoubek, LA — PK — Heppenheim (31. 12. 1964), Werner Oehlke, PVB Butzbach (29. 1. 1965), Erich Cimniak, LA — PK — Heppenheim (30. 1. 1965);

zum Polizeihauptwachmeister die Polizeioberwachmeister (BaPr) Werner Lhotta, PVB Butzbach (13. 1. 1965), Hans-Jürgen Bork, LA — PK — Alsfeld (12. 1. 1965), Gerhard Janko, LA — PK — Alsfeld (12. 1. 1965), Hermann Martin, LA — PK — Alsfeld (12. 1. 1965), Rüdiger Berger, LA — PK — Heppenheim (15. 1. 1965), Hubert Friebe, LA — PK —

Heppenheim (14. 1. 1965), Helmut Heck, LA — PK — Heppenheim (15. 1. 1965), Wilfried Moxter, LA — PK — Heppenheim (14. 1. 1965), Gerhard Popper, LA — PK — Dieburg (15. 1. 1965), Peter Enders, LA — PK — Friedberg (15. 1. 1965), Karl-Heinz Schneider, LA — PK — Friedberg (22. 1. 1965), Adolf Schürg, LA — PK — Gießen (15. 1. 1965), Reinhard Brack, LA — PK — Groß-Gerau (13. 1. 1965), Klaus-Peter Jöckle, LA — PK — Offenbach (18. 1. 1965), Karl-Heinz Raupach, LA — PK — Offenbach (18. 1. 1965), Erhard Zinn, LA — PK — Offenbach (18. 1. 1965);

die Polizeiwachmeister (BaPr) Peter Trautmann, PVB Darmstadt (12. 1. 1965), Wilfried Geyer, LA — PK — Heppenheim (14. 1. 1965), Hermann Pappeler, LA — PK — Büdingen (12. 1. 1965), Jürgen Erstfeld, LA — PK — Darmstadt (11. 1. 1965), Klaus Hofmann, LA — PK — Dieburg (16. 1. 1965), Ullrich Müller, LA — PK — Dieburg (12. 1. 1965), Hans-Dieter Pfeifer, LA — PK — Erbach (19. 1. 1965), Karl-Heinz Busse, LA — PK — Friedberg (15. 1. 1965), Horst Geißer, LA — PK — Friedberg (15. 1. 1965), Horst Möller, LA — PK — Friedberg (27. 1. 1965), Klaus-Dieter Eichmann, LA — PK — Friedberg (15. 1. 1965), Dieter Schäfer, LA — PK — Friedberg (15. 1. 1965), Herbert Wießner, LA — PK — Gießen (15. 1. 1965), Gerhard Duksch, LA — PK — Groß-Gerau (13. 1. 1965), Bodo Kümmel, LA — PK — Offenbach (18. 1. 1965), Ottmar Reich, LA — PK — Offenbach (18. 1. 1965);

zum Kriminalmeister die Polizeihauptwachmeister (BaL) Walter Reutzel, KI Darmstadt (23. 12. 1964), Stefan Koch, KI Darmstadt (23. 12. 1964), Alfred Langhammer, StKK Gießen (28. 12. 1964);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Polizeihauptwachmeister Günter Göpel, LA — PK — Friedberg (4. 12. 1964), Heinrich Rode, LA — PK — Erbach (31. 12. 1964), Harald Müller, LA — PK — Gießen (3. 2. 1965);

in den Ruhestand versetzt

Polizeiobermeister Albert Fröhlich, LA — PK — Darmstadt (1. 1. 1965);

Polizeimeister Paul Schlagert, LA — PK — Büdingen (1. 1. 1965);

Polizeimeister Arthur Metzeltin, LA — PK — Gießen (1. 1. 1965);

Polizeihauptmeister Wilhelm Pennigsdorf, LA — PK — Erbach (1. 2. 1965);

Polizeimeister Richard Degen, LA — PK — Offenbach (1. 1. 1965);

verstorben

Polizeihauptmeister Peter Schork, LA — PK — Friedberg (18. 1. 1965).

Darmstadt, 25. 3. 1965

Der Regierungspräsident
P 2 — 7 1 02/07 (E)
StAnz. 15/1965 S. 414

c) Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum Oberregierungsrat Regierungsrat Helmut Hey (31. 1. 1965);

zu Regierungsoberinspektoren die Regierungsinspektoren Theobald Matthäus (8. 2. 1965), Werner Greiser (8. 2. 1965), Karl-Friedrich Gerlach (8. 2. 1965), Karl-Friedrich Markus (8. 2. 1965), Wilhelm Groß (9. 2. 1965);

zum Regierungsbauinspektor (BaL) Regierungsbauinspektor z. A. Heinrich Neurath (3. 2. 1965);

zum Amtsmeister Hauptamtsgehilfe Albert Paschke (29. 1. 1965);

zum Hauptamtsgehilfe Oberamtsgehilfe Fritz Berninger (29. 1. 1965).

Kassel, 15. 3. 1965

Der Regierungspräsident
P/1 Az. 70 16/03 B
StAnz. 15/1965 S. 415

c) Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum Regierungsinspektor Regierungssekretär Ludwig Steinfeld LA Witzenhausen (14. 1. 1965), Regierungsobersekretär Willi Seybert LA Bad Hersfeld (12. 2. 1965), Regierungsobersekretär Wilhelm Ludwig LA Melsungen (17. 2. 1965), Regierungssekretär Philipp Knüppel LA Melsungen (17. 2. 1965), Regierungsobersekretär Wilhelm Reinhardt LA Rotenburg/F. (31. 12. 1964);

zum Regierungsobersekretär Regierungsekretär Ernst Kirschner LA Melsungen (26. 2. 1965);

zur Regierungssekretärin z. A. (BaP) Verwaltungsangestellte Jutta Zrenner LA Wolfhagen (8. 2. 1965);

zum Regierungssekretär (BaL) Regierungssekretär z. A. Albert Stieglitz LA Fritzlar-Homburg (5. 3. 1965);

zum Regierungssekretär z. A. (BaP) Verwaltungsangestellter Heinrich Schäfer LA Rotenburg/F. (13. 1. 1965);

zum Hauptamtsgehilfen die Oberamtsgehilfen Louis Reine mann LA Hofgeismar (22. 2. 1965), Johann Däppen LA Eschwege (29. 1. 1965), Hermann Pez LA Frankenberg (Eder) (27. 1. 1965), Herbert Stein LA Melsungen (29. 1. 1965);

zum Oberamtsgehilfen (BaL) Amtsgehilfe Konrad Quanz LA Fritzlar-Homburg (28. 1. 1965);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Regierungsinspektor Konrad Käberich LA Bad Hersfeld (12. 2. 1965);

in den Ruhestand versetzt

Regierungsinspektor Albert Lange LA Eschwege (1. 2. 1965), Regierungsobersekretär Adam Meyfarth LA Witzenhausen (1. 3. 1965).

Kassel, 19. 3. 1965

Der Regierungspräsident
P/1 Az. 70 16/03 B
StAnz. 15/1965 S. 415

c) Regierungspräsident Kassel bei der Landes kriminalpolizei

ernannt

zum Kriminalmeister der Polizeihauptwachmeister Jürgen Voß, Staatliches Kriminalkommissariat Eschwege (20. 1. 1965).

Kassel, 19. 3. 1965

Der Regierungspräsident
P/1 Az. 70 16/03 B
StAnz. 15/1965 S. 415

d) Regierungspräsident Wiesbaden

ernannt

zum Kriminalhauptmeister Kriminalobermeister Werner Theby (BaL) Staatl. Kriminalkommissariat Limburg (1. 2. 1965);

zu Kriminalobermeistern die Kriminalmeister Hans Beurenmeister (BaL) Staatl. Kriminalkommissariat Limburg (1. 2. 1965), Heinrich Bopp (BaL) Staatl. Kriminalkommissariate Bad Homburg v. d. H. (1. 2. 1965); Fritz Fettes (BaL) Staatl. Kriminalkommissariat Hanau (1. 2. 1965), Heinz Freund (BaL) Kriminalinspektion Wiesbaden (1. 2. 1965), Gerhard Trzeciak (BaL) Staatl. Kriminalkommissariat Limburg (1. 2. 1965), Rudolf Werner (BaL) Kriminalinspektion Wiesbaden (1. 2. 1965);

zur Kriminalobermeisterin die Kriminalmeisterin Helga Tilgner (BaPr.) Staatliches Kriminalkommissariat Hanau (1. 2. 1965).

Wiesbaden, 22. 3. 1965

Der Regierungspräsident
P 7 — Az. 5 e 02
StAnz. 15/1965 S. 415

g) Hessische Brandversicherungskammer Darmstadt

ernannt

zum Regierungsoberinspektor Regierungsinspektor (BaL)
Gerhard Löschmann (17. 3. 1965).

Darmstadt, 17. 3. 1965

Hessische Brandversicherungskammer
2 b — 24/1/2

StAnz. 15/1965 S. 416

D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen**b) Oberfinanzdirektion**

ernannt

zum Regierungsoberbauinspektor Regierungsbauinspektor
(BaL) Johannes Klose (1. 8. 1964);zum Steueroberinspektor die Steuerinspektoren (BaL) Josef
Cox (1. 12. 1964), Rudolf Dirscherl (1. 12. 1964), Paul Geyer
(1. 12. 1964), Paul Günther (1. 12. 1964), Albert Schneider
(1. 12. 1964), Günther Wolf (1. 12. 1964);zum Steuerinspektor Steuerinspektor z. A. (BaP) Ludwig
Bernhardt (24. 9. 1964);zum Regierungsinspektor die Steuerhauptsekretäre (BaL)
Rudolf Gebauer (1. 8. 1964), Kurt Mautner (1. 8. 1964);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Steuerinspektor Friedel Größmann (16. 9. 1964);

in den Ruhestand getreten bzw. versetzt

Regierungsbaudirektor Wilhelm Caillé (31. 12. 1964);

Oberregierungsrat Walter Wießmann (31. 12. 1964);

Steuerinspektorin Erna Gellert (31. 12. 1964);

Steuerhauptsekretär Richard Reglien (31. 10. 1964);

Steuerhauptsekretär Heinrich Fassold (31. 12. 1964);

Steuerverwaltung

ernannt

zum Regierungsrat (BaL) die Regierungsassessoren Dr.
Heribert Hagemann, FA Frankfurt/M., Börse (9. 10. 1964),
August Meßler, FA Fulda (12. 10. 1964), Waldemar Bröse,
FA Fulda (29. 10. 1964), Dr. Friedrich Sturm, FA Darmstadt
(12. 11. 1964);zum Stellvertreter der Steueramtmänner (BaL) Walter Lager-
pusch, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (1. 8. 1964), Heinrich
Wagner, FA Frankfurt/M., Taunustor (1. 8. 1964), Kurt
Klein, FA Dillenburg (1. 9. 1964), Karl Bert, FA Darmstadt
(1. 10. 1964), Camillo Mladek, FA Frankfurt/M., Stiftstraße
(1. 10. 1964), Heinz Szopinski, FA Frankfurt/M., Börse
(1. 10. 1964), Hugo Ruppert, FA Darmstadt (1. 11. 1964),
Herbert Weißbach, FA Frankfurt/M., Taunustor (1. 11.
1964), Philipp Stork, FA Gießen (1. 12. 1964);zum Stellvertreter der Steueroberinspektoren (BaL) Ger-
hard Gottschalk, FA Friedberg (1. 10. 1964), Gustav Abhauer,
FA Frankfurt/M., Börse (1. 11. 1964), Raimund Gutacker,
FA Frankfurt/M., Börse (1. 11. 1964), Valentin Krämer, FA
Bensheim (1. 11. 1964), Rudolf Risch, FA Offenbach-Land
(1. 11. 1964), Hermann Ruhland, FA Friedberg (1. 11. 1964),
Helmut Scholl, FA Frankfurt/M., Börse (1. 11. 1964), Kurt
Weigel, FA Frankfurt/M., Börse (1. 11. 1964), Heinz Noll,
FA Gelnhausen (1. 12. 1964);zum Steueroberinspektor die Steuerinspektoren (BaL) Horst
Zwirner, FA Groß-Gerau (1. 8. 1964), Ernst Bartl, FA
Frankfurt/M.-Höchst (1. 9. 1964), Franz Minich, FA Offen-
bach-Land (1. 9. 1964), Berthold Pritsch, FA Homberg (1. 10.
1964), Heinrich Raab, FA Frankfurt/M., Taunustor (1. 10.
1964), Karl Geitz, FA Frankenberg (1. 11. 1964), Paul Lowin,
FA Friedberg (1. 11. 1964);zum Steuerinspektor (BaL) die Steuerinspektoren z. A. (BaP)
Rudolf Dietz, FA Rüdeshheim (29. 9. 1964), Horst Hanisch,
FA Frankfurt/M., Börse (29. 9. 1964), Paul Hohmann, FA
Lauterbach (29. 9. 1964), Eberhard Jacobi, (FA Bad Hersfeld
(29. 9. 1964), Albert Jungermann, FA Hanau (29. 9. 1964),
Jürgen Kilbinger, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (29. 9. 1964),
Ingo Kling, FA Bad Schwalbach (29. 9. 1964), Robert
Münker, FA Alsfeld (29. 9. 1964), Peter Pohl, FA Wetzlar
(29. 9. 1964), Reinhold Remmert, FA Lauterbach (29. 9. 1964),Heinz Sitzmann, FA Bad Homburg (29. 9. 1964), Friedel
Sohr, FA Bad Schwalbach (29. 9. 1964), Manfred Urff, FA
Frankenberg (29. 9. 1964), Lutz Mettig, FA Langen (30. 9.
1964), Friedrich Urban, FA Bad Homburg (30. 9. 1964), Horst
Velten, FA Friedberg (30. 9. 1964), Egon Rapp, FA Darm-
stadt (1. 10. 1964), Karl Heinz Schmidt, FA Darmstadt
(5. 10. 1964);zur Steuerinspektorin die Steuerinspektorinnen z. A. (BaP)
Hedwig Bernhardt, FA Frankfurt/M., Taunustor (29. 9.
1964), Theresia Bismark, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße
(29. 9. 1964), Gustel Irnich, FA Frankfurt/M., Taunustor
(29. 9. 1964), Gerda Schick, FA Biedenkopf (29. 9. 1964);zum Steuerhauptsekretär die Steuersekretäre (BaL) Ludwig
Engel, FA Nidda (1. 8. 1964), Fritz Brosinger, FA Gießen
(1. 9. 1964), Helmut Fäller, FA Offenbach-Land (1. 9. 1964),
Rudolf Rimpl, FA Darmstadt (1. 11. 1964), Erich Strübing,
FA Kassel, Spohrstraße (1. 11. 1964);zum Steuerobersekretär die Steuersekretäre (BaL) Horst
Ansorge, FA Darmstadt (1. 8. 1964), Walter Bartzsch, FA
Eschwege (1. 8. 1964), Otto Becker, FA Rotenburg (1. 8. 1964),
Helmut Hartmann, FA Eschwege (1. 8. 1964), Philipp Jakobi,
FA Gießen (1. 8. 1964), Edmund Ripper, FA Kassel, Spohr-
straße (1. 8. 1964), Traugott Ruch, FA Bad Hersfeld (1. 8.
1964), Gerhard Streich, FA Darmstadt (1. 8. 1964), Edgar
Fritsch, FA Bad Hersfeld (1. 9. 1964), Albert Greif, FA
Frankfurt/M., Hamburger Allee (1. 9. 1964), Erich Mittig,
FA Friedberg (1. 10. 1964), Karl Engelbrecht, FA Kassel,
Spohrstraße (1. 11. 1964), Volker Greipel, FA Darmstadt
(1. 11. 1964), Josef Schilder, FA Kassel, Spohrstraße (1. 11.
1964), Hans Wonka, FA Darmstadt (1. 11. 1964), Hugo
Kremser, FA Kassel, Goethestraße (1. 12. 1964), Wolfram
Treutler, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 12. 1964);zum Steuersekretär (BaL) die Steuersekretär z. A. Gerhard
Höblich, FA Bad Schwalbach (17. 8. 1964), Horst Berthold,
FA Frankfurt/M.-Höchst (24. 8. 1964), Wolfgang Rinke, FA
Homberg (26. 8. 1964), Herbert Fuchs, FA Frankfurt/M.,
Taunustor (6. 11. 1964), Rudolf Jahn, FA Frankfurt/M.,
Taunustor (6. 11. 1964);zum Steuersekretär der Steuersekretär z. A. (BaP) Hans-
Jürgen Vetter, FA Frankfurt/M., Taunustor (6. 11. 1964);
zum Steuersekretär (BaL) der Vertragsangestellte Wilhelm
Lenhard, FA Friedberg (16. 12. 1964);zum Steuersekretär z. A. (BaP) die Steueranwärter Georg
Günther Dechert, FA Friedberg (27. 11. 1964), Rudolf
Drechsel, FA Frankfurt/M.-Höchst (27. 11. 1964), Gustav
Gross, FA Gießen (27. 11. 1964), Klaus Haas, FA Wetzlar
(27. 11. 1964), Franz Hartmann, FA Limburg (27. 11. 1964),
Dieter Henkel, FA Marburg (27. 11. 1964), Wilhelm Keck,
FA Biedenkopf (27. 11. 1964), Walter Köhler, FA Hofgeismar
(27. 11. 1964), Klaus Krolopp, FA Fulda (27. 11. 1964), Guido
Kulpok, FA Wetzlar (27. 11. 1964), Karl-Heinz Lepper, FA
Wetzlar (27. 11. 1964), Wilhelm Marx, FA Alsfeld (27. 11.
1964), Peter Müller, FA Fulda (27. 11. 1964), Uwe Müller,
FA Wetzlar (27. 11. 1964), Manfred Naser, FA Wiesbaden,
Mainzer Straße (27. 11. 1964), Bernd Pfeiffer, FA Bieden-
kopf (27. 11. 1964), Harald Reitzenstein, FA Hanau (27. 11.
1964), Herbert Riemann, FA Eschwege (27. 11. 1964), Klaus
Rinker, FA Wetzlar (27. 11. 1964), Wilhelm Ronken, FA
Darmstadt (27. 11. 1964), Helmut Sommer, FA Fulda (27. 11.
1964), Heribert Scheib, FA Frankfurt/M.-Höchst (27. 11.
1964), Helmut Schindewolf, FA Fulda (27. 11. 1964), Helmut
Schmelz, FA Bad Hersfeld (27. 11. 1964), Bernhard Schmidt,
FA Limburg (27. 11. 1964), Gerald Schmunk, FA Darmstadt
(27. 11. 1964), Günter Stahl, FA Frankfurt/M.-Höchst (27. 11.
1964), Karl-Heinz Störkel, FA Bad Homburg (27. 11. 1964),
Wolfgang Tannert, FA Limburg (27. 11. 1964), Dieter Tegge,
FA Offenbach-Land (27. 11. 1964), Rudi Tippmann, FA Bad
Hersfeld (27. 11. 1964), Gerd Tischler, FA Fulda (27. 11. 1964),
Bernhard Trost, FA Limburg (27. 11. 1964), Edmund Worm,
FA Rüdeshheim (27. 11. 1964);zur Steuersekretärin z. A. (BaP) die Steueranwärterinnen
Liselotte Böhm, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (27. 11.
1964), Maria Braun, FA Limburg (27. 11. 1964), Karin Grün,
FA Bad Homburg (27. 11. 1964), Ursula Metz, FA Limburg
(27. 11. 1964), Mechthild Rosbach, FA Limburg (27. 11. 1964),
Brigitte Schmidt, FA Gießen (27. 11. 1964), Maria Thomas,
FA Marburg (27. 11. 1964), Ruth Wagner, FA Darmstadt
(27. 11. 1964), Monika Weinrich, FA Frankfurt/M., Taunus-
tor (27. 11. 1964);

zum Steuerssekretär z. A. (BaP) der Vertragsangestellte Erich Plücker, FA Korbach (18. 2. 1964);

zum Steuerwachtmeister (BaP) die Verwaltungsarbeiter Johann Schild von Spannenberg, FA Offenbach-Land (1. 7. 1964), Günter Mandalka, FA Kassel, Spohrstraße (1. 7. 1964) (Berichtigung der Meldung im Staatsanzeiger 1964 S. 1196);

zum Steuerwachtmeister z. A. (EaP) die Verwaltungsarbeiter Otto Mader, FA Gelnhausen (5. 11. 1964), Kurt Mühlhause, FA Eschwege (21. 12. 1964), Ernst Langlitz, FA Nidda (24. 12. 1964);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Steuerinspektoren Kurt Kaetzler, FA Frankfurt/M., Taunustor (12. 8. 1964), Horst Wiesner, FA Friedberg (12. 8. 1964), Ortwin Kreutz, FA Langen (25. 9. 1964), Karl Wassum, FA Darmstadt (10. 12. 1964);

die Steuerinspektorinnen Dietlind Schickel-Hoßbach, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (5. 10. 1964), Barbara Bliemel, FA Hanau (6. 11. 1964);

die Steuersekretäre Karl Kiefer, FA Korbach (10. 8. 1964), Karl Knäble, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (18. 8. 1964), Hugo Kremser, FA Kassel, Goethestraße (17. 9. 1964), Paul Claes, FA Dillenburg (25. 9. 1964), Otto Eberhard, FA Frankfurt/M., Börse (14. 12. 1964), Adolf Werner, FA Frankfurt/M., Börse (14. 12. 1964), Josef Steinhübel, FA Groß-Gerau (7. 12. 1964), Heinz Werlé, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (21. 12. 1964), Werner Böttcher, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (22. 12. 1964);

Die Steuersekretärin Erika Barduhn, FA Fulda (25. 9. 1964);

in den Ruhestand getreten bzw. versetzt

die Steuerräte Karl Sauer, FA Darmstadt (30. 9. 1964), Heinrich Schwalm, FA Dillenburg (30. 9. 1964), Franz Volker, FA Limburg (30. 11. 1964);

die Steueramtswalter Clemens Diefenbach, FA Limburg (30. 9. 1964), Karl Schäfer, FA Offenbach-Land (30. 11. 1964);

die Steueroberinspektoren Paul Walden, FA Gelnhausen (31. 8. 1964), Karl Wallis, FA Offenbach-Land (31. 8. 1964), Otto Gabel, FA Lauterbach (30. 9. 1964), Paul Schenk, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (30. 9. 1964), Hans Hesse, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (31. 10. 1964), Franz Reichl, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (31. 10. 1964), Günter Stern, FA Kassel, Spohrstraße (31. 10. 1964), Bernhard Kraus, FA Gießen (30. 11. 1964), Hans Kilisch, FA Frankfurt/M., Taunustor (31. 12. 1964), Wilhelm Kissel, FA Bensheim (31. 12. 1964), Leonhard Selbald, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (31. 12. 1964);

die Steuerinspektoren Heinrich Noll, FA Nidda (30. 9. 1964), Rudolf Pacht, FA Gelnhausen (31. 10. 1964), Otto Vater, FA Bensheim (31. 10. 1964), Hermann Gerdes, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (30. 11. 1964), Ernst Zilm, FA Frankfurt/M., Taunustor (31. 12. 1964);

die Steuerhauptsekretäre Heinrich Fischer, FA Darmstadt (30. 4. 1964), Karl Rau, FA Darmstadt (30. 9. 1964), Paul Gierke, FA Homberg (31. 10. 1964), Philipp Weidmann, FA Dieburg (31. 10. 1964);

Die Steuerobersekretäre Eduard Schneidereit, FA Frankfurt/M., Taunustor (31. 3. 1964), Markus Webert, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (30. 9. 1964), Josef Wießmann, FA Offenbach-Land (31. 10. 1964), Franz Galander, FA Kassel, Spohrstraße (31. 12. 1964), Karl Göhler, FA Michelstadt (31. 12. 1964), Ernst Reimherr, FA Bensheim (31. 12. 1964), Julius Schindler, FA Kassel, Goethestraße (31. 12. 1964), Hans Schwab, FA Kassel, Goethestraße (31. 12. 1964), Friedrich Winter, FA Darmstadt (31. 12. 1964);

Die Steuerobersekretärin Ida Biedenbach, FA Fulda (30. 9. 1964);

die Steuersekretäre Otto Falls, FA Rotenburg (30. 9. 1964), Albert Schön, FA Friedberg (31. 12. 1964);

entlassen

Regierungsassessor Dr. Eberhard Mittwich, FA Frankfurt/M., Stiftstraße (31. 12. 1964);

Steueroberinspektor Georg Engel, FA Kassel, Goethestraße (14. 10. 1964);

die Steuerinspektoren Dieter Guddat, FA Rudesheim (31. 8. 1964), Heinrich Scheibe, FA Nidda (31. 8. 1964), Werner Schäfer, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (30. 9. 1964), Eberhard Teusen, FA Limburg (30. 9. 1964), Gustav Schmied, FA Darmstadt (31. 12. 1964);

Steuerinspektorin Hiltrud Hinz, FA Darmstadt (30. 9. 1964); Steuerinspektor z. A. Gero Köhler, FA Frankfurt/M., Börse (31. 10. 1964);

Steuerinspektorin z. A. Ingrid Blanck, FA Melsungen (15. 11. 1964);

Steuersekretär Norbert Heiß, FA Offenbach-Stadt (30. 9. 1964);

Steuersekretär z. A. Manfred Hardt, FA Frankfurt/M., Hamburger Allee (31. 12. 1964).

Staats- und Sonderbauverwaltung

ernannt

zum Oberregierungsbaurat die Regierungsbauräte (BaL) Heinrich Frey, SBA Bad Hersfeld (1. 9. 1964), Karl Schimmer, SBA Darmstadt (1. 11. 1964);

zum Regierungsbaurat (BaL) die Regierungsbauassessoren Helmut Fleck, StBA Gießen (1. 9. 1964), Wilfried Fuchs, StBA Friedberg (1. 9. 1964), Karlheinz Schade, StUBA Marburg (1. 11. 1964);

zum Regierungsbauamtman der Regierungsoberbauinspektor Georg-Heinrich Schneider, StBA Darmstadt (1. 12. 1964); zum Regierungsoberbauinspektor die Regierungsbauinspektoren (BaL) Helmut Reinhardt, StBA Frankfurt/M., Flughafen (1. 9. 1964), Valentin Schweikert, StBA Bensheim (1. 12. 1964);

zum Regierungsbauinspektor (BaL) die Regierungsbauinspektoren z. A. Karl Lubeseder, StBA Kassel-Land (30. 11. 1964), Horst Heppner, StBltg Dillenburg (7. 12. 1964); zum Regierungsbauinspektor z. A. (BaP) der Regierungsbauinspektor-Anwärter Willibald Fiebiger, StUBA Gießen (20. 10. 1964);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Regierungsobersekretär Ernst Weiß, StBA Offenbach (13. 5. 1964);

in den Ruhestand getreten bzw. versetzt

Oberregierungsbaurat Wilhelm Hammelmann, SBA Darmstadt (31. 8. 1964);

Regierungsbaurat Karl Schörnig, StBA Wiesbaden (31. 12. 1964);

Regierungsbauinspektor Philipp Ruppel, StHSchBA Darmstadt (31. 12. 1964).

Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds

in den Ruhestand getreten

Regierungsdirektor Herbert Schroth, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (31. 12. 1964);

Steueroberinspektor Erwin Palm, FA Frankfurt/M., Börse (31. 10. 1964).

Frankfurt (Main), 26. 3. 1965

Oberfinanzdirektion

P 1400 — 50 — Lv I 62

StAnz. 15/1965 S. 416

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zum Regierungsveterinär (BaL) die Regierungsveterinärassessoren (BaP) Dr. Joachim Hölzel, Reg.-Vet.-Rat — Landkreis Friedberg — (27. 1. 1965); Dr. Hermann Pabst, Reg.-Vet.-Rat — Landkreis Darmstadt — (27. 1. 1965); Dr. Wilhelm Strack, Reg.-Vet.-Rat — Stadt- und Landkreis Gießen I — (27. 1. 1965);

zum Regierungsveterinärassessor (BaP) Dr. Dietrich Wiegand, Staatl. Vet.-Untersuchungsamt Gießen (1. 1. 1965).

Darmstadt, 25. 3. 1965

Der Regierungspräsident

P 2 — 7 1 02/07 (E)

StAnz. 15/1965 S. 417

c) Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum Regierungsgewerbeberater (BaL) Regierungsgewerbeassessor Hans-Joachim Rippin, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Kassel (26. 2. 1965);

zum Oberregierungsveterinär (BaL) Regierungsveterinär Dr. Albert Reiter beim „Regierungsveterinär Stadt- und Landkreis Marburg/L.“ (8. 2. 1965);

zum Regierungsveterinär (BaL) Regierungsveterinär-assessor Dr. Karl Stämm beim „Regierungsveterinär Stadt Kassel — Staatliche tierärztliche Lebensmittelüberwachung —“ und

zum Regierungsveterinär (BaL) Regierungsveterinär-assessor Dr. Horst Weidemann beim „Regierungsveterinär Stadt- und Landkreis Fulda“.

Kassel, 19. 3. 1965

Der Regierungspräsident

P/1 Az.: 70 16/03 B

StAnz. 15/1965 S. 417

Buchbesprechungen

Die Aufgaben des Wissenschaftsrates von Professor Dr. jur. Ludwig Raiser, 1963, 60 S., Heft 111 der Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Geisteswissenschaften, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen.

Raiser, von 1951 bis 1955 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, hat sich vor Jahren durch die Schrift „Die Universität im Staat“ (1950, Quelle und Meyer, Heidelberg) verdient gemacht: Als eines der ersten, inzwischen zu einer Flut angeschwollenen Referate, Memoranden, Reden und Bücher zeichnet es sich durch Freimut aus, durch Bedächtigkeit und illusionslose Betrachtung und ist deshalb für die Hochschulgesetzgebung unserer Tage eine besonders nützliche Lektüre.

Von 1959 bis 1961 war Raiser Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates, von 1961 bis 1964 Präsident desselben. Aus seiner vielfältigen Erfahrung gibt er einen Bericht.

Der Wissenschaftsrat, im Herbst 1957 durch ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern gegründet, ein Gremium mit 44 Stimmen, aufgeteilt in zwei getrennt arbeitende Kommissionen, hat danach die Aufgabe, „auf der Grundlage der vom Bund und Ländern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten aufgestellten Pläne einen Gesamtplan für die Förderung der Wissenschaften zu erarbeiten und hierbei die Pläne des Bundes und der Länder aufeinander abzustimmen“. Er soll mithin empfehlen, wie die Wissenschaft gefördert werden soll, und zwar nicht nur finanziell. Drei wesentliche Erkenntnisse gingen dem voraus:

1. Die Existenz einer Nation hängt ausschlaggebend davon ab, daß die Forschung die Wege zu einer gesunden sozialen Ordnung und zur Nutzung aller Stoffe und Kräfte der Natur erschließt, alle Wissenschaften ihre Beiträge leisten, geistige Horizonte öffnen und Maßstäbe setzen.

2. Deutschland hat die führende Rolle, die es noch vor 50 Jahren in der Wissenschaft gehabt hat, eingebüßt. Es bedarf außergewöhnlicher Anstrengungen, um die Leistungsfähigkeit wissenschaftlicher Einrichtungen wiederherzustellen und zu steigern.

3. Die Entwicklung wissenschaftlicher Einrichtungen ist nicht mehr durch einzelne Personen, Kollegien oder Behörden möglich, sondern nur von den Ländern und dem Bund gemeinsam. — Daraus ergibt sich die Zusammensetzung des Wissenschaftsrates: Vertreter der 11 Länder (Kultur- oder Finanzministerien) und die Vertreter der an der Forschung interessierten Bundesressorts.

Unter dem Gesichtspunkt der politischen Integration und der Durchschlagkraft hat sich nach Ansicht Raisers die schwerfällige, langsam arbeitende Konstruktion im Endergebnis als erfolgreich erwiesen. Raiser bezeichnet den Wissenschaftsrat kurz und treffend als „Planungsstab für die Entwicklung der deutschen Wissenschaft“. Damit meint er nicht die Planung der Forschungsarbeit selbst. Nach wie vor bleibt es Aufgabe der Deutschen Forschungsgemeinschaft, durch Auswahl der zu fördernden Forschungsprogramme mittelbar Einfluß auf Ziel und Inhalt der Forschung zu nehmen. Planung bedeutet vielmehr kritische Prüfung, notfalls Neufassung der Organisationsgrundsätze, nach denen sich die wissenschaftliche Arbeit vollziehen soll, kritische Untersuchung der Leistungsfähigkeit aller der Wissenschaft dienenden Einrichtungen und Vorschläge für deren Leistungssteigerung. Diese sind in dem großen Band „Empfehlungen des Wissenschaftsrates, Teil I, wissenschaftliche Hochschulen“, in dem kleinen Band „Anregungen zur Gestalt neuer Hochschulen“ niedergelegt. — Vor einem Jahr sind die „Empfehlungen, Teil II, wissenschaftliche Bibliotheken“ hinzugekommen; die „Empfehlungen zum Ausbau der Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen“ stehen vor dem Erscheinen. —

Raiser geht sodann auf die drei Faktoren ein, die die wichtigste Rolle bei der Planung spielen müssen:

1. In welchen Institutionen vollzieht sich die wissenschaftliche Arbeit?
2. Wie wird ihre Finanzierung sichergestellt?
3. Wie wird ihr personeller Bedarf am besten gewährleistet.

Zu 1 macht Raiser mit Recht darauf aufmerksam, daß der vorhandene Bestand an wissenschaftlichen Einrichtungen nicht das Ergebnis einer rationalen Planung, sondern einer außerordentlich verschlungenen, von vielen Zufälligkeiten abhängigen geschichtlichen Entwicklung ist. Die wissenschaftlichen Hochschulen stehen in Konkurrenz mit einer großen Zahl hochschulfreier Institute, vor allem mit den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zeigen die Tendenz behutsam zuzufordern. Eine gewisse Bereinigung hält Raiser aus gutem Grunde für wünschenswert. Trotz vieler Anstrengungen sei auch das Verhältnis der zentralen Hochschulbibliotheken zu den zahlreichen Institutbibliotheken bis heute noch nicht befriedigend gelöst.

Zu 2 fordert Raiser mit Nachdruck, der Finanzierung der wissenschaftlichen Aufgaben eine sehr viel höhere Dringlichkeitsstufe wie bisher einzuräumen. Denn alle Sozial- und Wirtschaftspolitik sei auf die Dauer wertlos, wenn nicht zugleich die einschlägige Forschung gewährleistet und für den wissenschaftlichen Nachwuchs gesorgt sei. Die Frage, wo bei zusätzlichem Finanzbedarf die Forschungsfonds gebildet werden sollen, beantwortet Raiser zutreffend: Die

Hochschul Institute müssen von ihrem Träger für den Grundbedarf ausreichend ausgestattet werden, damit die Deutsche Forschungsgemeinschaft nicht für Bagatellen beansprucht wird. Hingegen ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft für die verantwortliche Prüfung der besonderen Forschungsvorhaben die rationellste Einrichtung. —

In den personellen Fragen weist Raiser auf die starke Vermehrung der Lehrstühle hin, während die Hochschulen nur zögernd an die Einrichtung des Mittelbaus („Wissenschaftliche Räte und Professoren“) herangegangen seien. Wenn die Fakultäten ihre Aufgaben, den Nachwuchs sorgfältig zu pflegen, mit gehörigem Verantwortungsbewußtsein erfüllen, sieht Raiser ganz recht keinen Grund zur Befürchtung, daß die geschaffenen Stellen nicht besetzt werden können. Senatskommissionen sollten sich um die Entwicklung des Nachwuchses kümmern. — Eine besonders bedeutsame Aufgabe ist es, der Frage nachzugehen, wie sich der Bedarf an Akademikern voraussichtlich entwickelt, eine Kernfrage für den weiteren Ausbau der Hochschulen. Schwierige Untersuchungen sind erforderlich, die für die gesamte Bildungspolitik sehr folgenreich sein werden. —

Die nachfolgende Aussprache in der Arbeitsgemeinschaft eröffnet den Außenstehenden weitere interessante Einsichten:

Die großen 4- bis 5stündigen Hauptvorlesungen, die Vermehrung des Prüfungsstoffes (und damit Verlängerung des Studiums) durch die Lehrstühle, Schwerpunktbildung bei den Hochschulen, künftige Vorhaben des Wissenschaftsrates.

Wegen ihrer prägnanten Kürze ist die vortreffliche Schrift all denen zu empfehlen, die sich mit den Fragen der Wissenschaft, ihrer Organisation und Finanzierung zu befassen haben.

Oberregierungsrat B i c k e l h a u p t

Bundesozialhilfegesetz (BSHG). Kommentar in Loseblattform von Dr. F. L u b e r, Landessozialgerichtsrat; 10. und 11. Ergänzungslieferung, 28,70 bzw. 24,60 DM, Preis des Gesamtwerkes einschließlich der 10. und 11. Ergänzungslieferung 47,50 DM. Verlag R. S. Schulz, München 15.

Die 10. Ergänzungslieferung führt die Kommentierung des BSHG mit den Erläuterungen zu den Bestimmungen über die Tuberkulosehilfe (§§ 48 ff.) fort. In den Anhang A. I. (Bundesrechtliche Ausführungsvorschriften zum BSHG) wurde das Rundschreiben des Bundesinnenministers vom 4. 8. 1964 betr. Musterrichtlinien für die Hilfe zur Eingliederung in das Arbeitsleben im Rahmen der Tuberkulosehilfe aufgenommen.

Der Anhang A. II. (Landesrechtliche Ausführungsvorschriften zum BSHG) wurde durch die Übernahme weiterer inzwischen erlassener Durch- und Ausführungsbestimmungen der Länder ergänzt, u. a. durch Erlasse über die Regelsätze nach dem BSHG, über die Wehrrückstellungen an Sozialhilfeempfänger und Minderbemittelte, über die Hausbrandbeihilfen, über die Anrechnung von Einkommen der Empfänger von Elternrenten auf die Leistungen der Sozialhilfe und der Kriegsofferfürsorge, über die Bemessung der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft bei der Gewährung von Sozialhilfeleistungen, über das Taschengeld für Sozialhilfeempfänger, über die Zuständigkeit zur Gewährung von Sozialhilfe für Aussiedler, über die Eingliederungshilfe für Behinderte zum Besuch einer Hochschule, über die Erholungskuren für Mütter, Kinder und Jugendliche sowie über die Gewährung von Landeszuschüssen für Erholungsaufenthalte alter Menschen.

Die Inhaltsübersicht über das Landesrecht wurde klarer gestaltet, und zwar durch besondere Kenntlichmachung der von den Ländern erlassenen Gesetze und Rechtsverordnungen zum Unterschied von den verwaltungsmäßigen Ausführungsbestimmungen der Länder (Erlasse usw.).

Die 11. Ergänzungslieferung bringt in einem neu geschaffenen Anhang I eine lückenlose Zusammenstellung der Materialien zum BSHG. Die in den Protokollen enthaltenen Ausführungen der Mitglieder der gesetzgebenden Gremien (Bundestag und Bundesrat) zeigen deutlich die Problematik einzelner Bestimmungen des BSHG auf. Das Werk befindet sich jetzt auf dem Stand vom März 1965.

Regierungsdirektor Dr. J o s t

Landgraf Wilhelm VIII. von Hessen-Kassel. Ein Fürst der Rokokozeit. Von Wolf von B o t h und Hans V o g e l, 1964, 251 Seiten, Leinen, 25,— DM. Deutscher Kunstverlag, München—Berlin.

Die Historische Kommission für Hessen und Waldeck ist zu beglückwünschen, daß zwei ihrer Mitglieder ein so vortreffliches, begeisternd schönes Buch verfaßt haben.

Seit Jahrzehnten haben es sich die vier Historischen Kommissionen in Hessen vor allem zur Aufgabe gemacht, in umfassender Weise die Urkunden und Bestände der Staatsarchive in Hessen, die Quellen zur Geschichte des Mittelalters und der Reformationszeit herauszugeben, der Forschung zu erschließen und damit die Landesgeschichtsschreibung auf zuverlässigen Boden zu stellen. Doch schon seit langem haben sie erkannt, wie notwendig es auch ist, sich an alle historisch

interessierten Kreise zu wenden, ihnen hessische Sozial-, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte zusammengefaßt darzustellen. So ist das vorliegende Buch nicht — wie man aus dem Titel schließen könnte — die Geschichte eines Fürsten, wie man sie etwa im 19. Jahrhundert darstellen mochte, sondern eine umfassende, aber auf das wesentliche beschränkte Beschreibung des Zeitalters von 1730 bis 1760.

Auf Grund eingehenden Quellenstudiums schildert einleitend Bibliotheksdirektor von Both, der als Historiker die meisten Kapitel verfaßt hat, die Stellung der Landgrafschaft Hessen-Kassel, die sich nach wenigen Jahrzehnten nach dem Tode Philipps des Großmütigen in dessen Erbe mit der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt teilte. Aus dem Geist und den Verhältnissen der Zeit würdigt von Both die Bedeutung der Subsidienverträge mit England, die Persönlichkeit des Landgrafen Friedrich I., der zugleich König von Schweden war, und die seines Bruders Wilhelm VIII., der ihn bis zu seinem Tode als Statthalter vertrat und von 1751 bis 1760 als regierender Landgraf die Geschichte des kleinen Landes mit seinen etwa 276 000 Einwohnern um 1750 leitete. Anschaulich beschreibt von Both, die Forschungen Kurt Dülfers verwertend, die Verwaltung und Justiz des Landes, die Organisation der Regierung und der Rechtspflege, die Rolle der Landstände (Landtage), das Finanz- und Steuerwesen. Ausführliches erfahren wir über die Verhältnisse in der Landwirtschaft und in der ländlichen Industrie, die städtische Wirtschaft, die Stellung der Juden, die Universitäten, die Kirchen und das Schulwesen, die schwierige Außenpolitik vor allem in den österreichischen Erbfolgekriegen und im Siebenjährigen Krieg. Ebenso lesen wir viel Konkretes über die Lebensverhältnisse, den „Lebensstandard“, wie die Lebensweise unserer Vorfahren in Krieg und Frieden, seien es Bürger oder Bauern.

Vogel, langjähriger Direktor der Staatlichen Kunstsammlungen in Kassel, beschreibt dem Kunstfreund fesselnd, wie man damals mit Bildern handelte, Sammlungen erwarb und sich dabei des Wertes der Objekte ganz bewußt war, auch wenn ihre Preise im Verhältnis nicht die schwindelnden Höhen erreichten, wie heutzutage auf den Auktionen in London. Gelang es doch Wilhelm VIII. mit Hilfe seriöser Händler und zuverlässiger Ratgeber eine der bedeutendsten Gemäldesammlungen in Mitteleuropa zu erwerben! Kein Wunder, daß sich Napoleon an ihr vergriff! Als kunstliebender Fürst zog Wilhelm VIII. Maler und Bildhauer nach Kassel, vor allem Johann Heinrich Tischbein den Älteren, als Bauherrn vor allem den Wallonen Francois Cuvillés, der als Baumeister des Rokokotheaters in der Münchner Residenz uns heute geläufig ist. Mit seinem Namen sind der Galeriebau, im letzten Kriege zerstört, und das Schloß Wilhelmstal verbunden. Ausführlich geht Vogel auch auf die Baugeschichte ein.

Das Buch zeichnet sich durch die glückliche Verbindung von Konzentration und Anschaulichkeit aus, sein klares, schlichtes Deutsch, die ausgewogene Berücksichtigung von Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte. Es ist hervorragend illustriert und ausgestattet. Am Schluß stillen Anmerkungen und Literaturverzeichnis ausführlich den Wissensdurst derer, die tiefer eindringen wollen.

Mögen die Historischen Kommissionen diesem Werke weitere folgen lassen, denn solche Darstellungen müssen der Landesgeschichte neue Freunde gewinnen, und werden dazu beitragen, unser Land all den Menschen, die in ihm nach 1945 eine neue Heimat gefunden haben, über das Äußere des Alltags hinaus auch innerlich näher zu bringen! Weite Verbreitung sollte ihm beschieden sein! Die Landesregierung tut gut daran, solche Arbeiten durch Druckbeihilfen nachhaltig zu fördern.

Oberregierungsrat Bickelhaupt

Der Haftpflichtprozeß mit Einschluß des materiellen Haftpflichtrechts.
Von Justizrat Dr. Reinhard Geigel (†) und Dr. Robert Geigel, Rechtsanwalt in München. 12., neu bearbeitete Aufl. 1964. XXIII, 998 S., gr. 8°. In Leinen 52,— DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Schon wieder ist eine neue Auflage des Geigelschen Haftpflichtprozesses erschienen (vgl. die Besprechung in StAnz. 1963 S. 626). Mit

der schnellen Folge der Neuauflagen trägt der Verfasser der Tatsache Rechnung, daß gerade ein Standardwerk über das formelle und materielle Haftpflichtrecht immer dem neuesten Stand von Gesetzgebung und Rechtsprechung entsprechen muß, wenn es der Praxis mit der erforderlichen Aktualität dienen soll. In die 12. Auflage sind das Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz, das NATO-Truppenstatut, die Änderungsverordnung zur StVO vom 30. 4. 1964, die Luftverkehrszulassungsordnung sowie alle in Betracht kommenden kleineren Gesetzesänderungen eingearbeitet worden. Außerdem berücksichtigt die Neuauflage 800 neue höchstrichterliche Entscheidungen. Die Kapitalisierungstabellen sind durch umfangreiche neue ersetzt worden, die auf der Sterbetafel 1949/51 beruhen.

Man muß dem Verfasser bescheinigen, daß er gemeinsam mit seinem Kanzleikollegen Dr. Hans-Ulrich Kolb, dem die Kapitel 27, 28 und 40 anvertraut worden sind, das Werk wieder gründlich überarbeitet hat. Bei der Fülle der anfallenden Rechtsprechung und Literatur läßt es sich naturgemäß nicht vermeiden, daß die eine oder andere Veröffentlichung nicht oder noch nicht berücksichtigt ist. Es seien daher dem Rezensenten wieder einige kleine Hinweise erlaubt: Zur Bemessung des merkantilen Minderwerts eines unfallbeschädigten Kraftfahrzeugs (4. Kapitel, Randnote 34, S. 51/52) ist auf den instruktiven Aufsatz von Ruhkopf und Sahn in VersR 62, 593 hinzuweisen, der eingehend die praktischen Auswirkungen der neuen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes behandelt.

Nachdem der Bundesgerichtshof in BGHZ 40, 345 grundsätzlich anerkannt hat, daß der Verlust der Gebrauchsmöglichkeit eines Kraftfahrzeugs einen erstattungsfähigen Schaden darstellt (4. Kapitel, Randnote 37a a. E., S. 54), hat das Landgericht Berlin jetzt entschieden, daß 50% der vermiedenen Mietwagenkosten für die unfallbedingte Ausfallzeit eines beschädigten Kraftfahrzeugs beansprucht werden können (VersR 65, 95). Der verantwortliche Schädiger muß auch die Kosten für die Kraftfahrzeugversicherung und die Kraftfahrzeugsteuer während des Verlustes der Gebrauchsmöglichkeit ersetzen (BGH VersR 64, 380).

Zu der umstrittenen Frage „Brutto oder Netto?“ bei der Bemessung von Schadensersatz für entgangenen Verdienst (39. Kapitel, Randnote 12, S. 952) hat der Bundesgerichtshof im Urteil vom 30. 6. 1964 — VI ZR 81/63 — (NJW 64, 2007 = VersR 64, 1042) jetzt festgestellt, daß der verletzte und dadurch vorübergehend dienstunfähige Beamte gegen den Schädiger einen Anspruch auf Ersatz des Bruttogehalts hat, der kraft Gesetzes auf den Dienstherrn übergeht.

Den Grundsatz, daß von einem Beamten keine bessere Rechtsein-sicht als von einem Kollegialgericht verlangt werden kann, schränkt der Bundesgerichtshof immer mehr ein. Das Urteil des Bundesgerichtshofes in VersR 62, 259 über die Zentralbehörden hat der Verfasser dankenswerterweise berücksichtigt (17. Kapitel, Randnote 55, S. 374). Nunmehr möchte der Bundesgerichtshof den Grundsatz auch dann nicht anwenden, „wenn das Kollegialgericht bei seiner Beurteilung die Rechtslage trotz klarer und eindeutiger Gesetzesbestimmungen verkannt hat oder wenn es um die Beurteilung von Spezialfragen geht, mit denen die Gerichte wenig befaßt werden, die jedoch dem tätig gewordenen Beamten in besonderem Maße vertraut sein mußten“ (Urteil vom 28. 2. 1963 — III ZR 192/61 — VersR 63, 628). Überhaupt neigt der Bundesgerichtshof dazu, an das Handeln der Verwaltung strengste Maßstäbe anzulegen, wie z. B. auch die Entscheidung über die Auskunftspflicht des Beamten zeigt (Urteil vom 23. 1. 1964 — III ZR 12/63 — VersR 64, 919). M. E. wird hier die Tendenz erkennbar, die Anforderungen in wirklichkeitsfremder Weise zu überspannen.

Da der „Geigel“ ständig in vorbildlicher Weise überarbeitet und ergänzt wird, stellt er für den Haftpflichtpraktiker nach wie vor ein wertvolles und unentbehrliches Kompendium des Haftpflichtrechts dar.

Oberregierungsrat Gantz

Hessische Landesbank - Girozentrale - Frankfurt (Main)

1045

AKTIVA

Bilanz zum 31. Dezember 1964

PASSIVA

	DM		DM	DM	DM
1. Kassenbestand	3 635 838,78				
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	106 371 669,22				
3. Postscheckguthaben	4 002 643,64				
4. Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben)	175 527 081,40				
a) täglich fällig	193 500 000,—				
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 3 Monaten	341 004 872,10				
c) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr	710 031 953,50				
5. Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine	4 684 349,39				
6. Schecks	3 271 117,89				
7. Wechsel	189 871 624,18				
darunter: a) bundesbankkräftige Wechsel, soweit die Deutsche Bundesbank sie nicht allgemein vom Ankauf ausgeschlossen hat	DM 143 570 068,75				
b) eigene Ziehungen	DM 6 516,23				
8. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	177 889 591,—				
darunter: des Bundes und der Länder	DM 121 817 465,28				
Zur Deckung bestimmt	DM 53 604 444,44				
9. Kassenobligationen	187 585 893,75				
darunter: des Bundes und der Länder	DM 45 926 718,76				
10. Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind	373 331 898,94				
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	68 997 578,72				
Zur Deckung bestimmt	DM 42 574 729,54				
b) sonstige verzinsliche Wertpapiere	300 801 276,42				
c) börsengängige Dividendenwerte	3 533 043,20				
d) sonstige Wertpapiere	---				
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	DM 369 798 855,14				
11. Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand	31 626 116,37				
a) Ausgleichsforderungen	18 882 723,61				
b) Deckungsforderungen	12 743 392,76				
Zur Deckung bestimmt	DM 12 788 453,06				
DM 11 645 200,—					
12. Eigene Schuldverschreibungen	24 492 854,27				
Nennbetrag	DM 25 054 100,—				
13. Konsortialbeteiligungen	---				
14. Debitoren	35 413 130,91				
a) Kreditinstitute	314 338 763,45				
b) sonstige	---				
Ertrag:	2 166 745 382,78				
1. Einlagen					
a) Sichteinlagen von					
aa) Kreditinstituten	318 358 841,88				
ab) sonstigen Einlegern	156 622 587,82				
b) Befristete Einlagen von					
ba) Kreditinstituten	941 505 401,12				
bb) sonstigen Einlegern	353 769 176,92				
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr	DM 1 149 712 205,16				
c) Spareinlagen	25 835 815,06				
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist					
cb) mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist	18 581 959,04				
DM 44 417 774,10					
2. Aufgenommene Gelder (Nostroverpflichtungen)	149 912 302,30				
darunter: a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr	DM 125 559 778,61				
b) zweckgebundene Mittel	DM 101 308 453,51				
c) Verbindlichkeiten mit Teilhaftung	DM 30 500,—				
davon Haftungsbeitrag	DM 3 050,—				
3. Eigene Akzepte und Solawechsel abzüglich eigener Bestand	---				
4. Aufgenommene langfristige Darlehen	714 884 246,16				
darunter: Darlehen mit Teilhaftung	DM 12 800 660,50				
davon Haftungsbeitrag	DM 4 672 517,55				
5. Schuldverschreibungen im Umlauf					
a) Pfandbriefe					
zum Zinssatz von 4% (Altsparpfandbriefe)	11 645 200,—				
zum Zinssatz von 4% (Umtauschpfandbriefe)	12 564 000,—				
zum Zinssatz von 5%	141 655 800,—				
zum Zinssatz von 5 ^{1/2} %	225 107 200,—				
zum Zinssatz von 6%	565 397 300,—				
zum Zinssatz von 6 ^{1/2} %	13 592 900,—				
969 912 500,—					
b) Kommunalschuldverschreibungen					
zum Zinssatz von 4%	4 845 700,—				
(Umtauschschuldverschreibungen)	144 511 600,—				
zum Zinssatz von 5%	235 403 700,—				
zum Zinssatz von 5 ^{1/2} %	924 783 100,—				
zum Zinssatz von 6%	36 605 000,—				
zum Zinssatz von 6 ^{1/2} %	1 824 000,—				
zum Zinssatz von 7%	1 065 300,—				
zum Zinssatz von 7 ^{1/2} %	1 349 078 400,—				
44 850 000,—					
c) Inhaberschuldverschreibungen					
zum Zinssatz von 5 ^{1/2} %	39 500 000,—				
d) Kassenobligationen	71 300 000,—				
zum Zinssatz von 4 ^{1/2} %	110 800 000,—				
zum Zinssatz von 5%	698 802,86				
2 475 339 702,86					
e) verlorste und gekündigte Stücke					
Zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen dem Darlehensgeber aus gehändigte Namensschuldverschreibungen	DM 286 675 686,78				
Übertrag:	5 154 810 633,16				

AKTIVA

PASSIVA

	DM	DM	DM
15. Langfristige Ausleihungen			
a) gegen Grundpfandrechte			
Zur Deckung bestimmter			
DM 667 035 444,87	072 957 148,37		
b) gegen Kommunaldeckung			
DM 1 703 389 997,58	2 016 438 800,24		
c) sonstige			
DM 192 507 114,93	512 523 933,77		
16. Zinsen von langfristigen Ausleihungen gegen			
rückständige			
Zinsen			
im Dez. 1964			
u. am 2. 1. 1965			
fäll. Zinsen			
a) Grundpfandrechte	5 162 779,10	2 023 237,72	290 989,19
b) Kommunaldeckung	17 704 232,--	6 298 032,82	69 987,91
c) sonstige	1 912 088,29	1 519 148,71	84 445,93
17. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			
darunter: Sparprämien-Forderungen nach dem SparPG	DM 719 938,46		
18. Beteiligungen			
darunter: an Kreditinstituten	DM 1 401 960,--		
19. Grundstücke und Gebäude			
a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende		9 431 000,--	
b) sonstige		569 000,--	
20. Betriebs- und Geschäftsausstattung			
21. Sonstige Aktiva			
21.A. Vermögenswerte der Bausparkasse			
darunter: nicht kompensierte Verrechnungen			
mit der Bankabteilung	DM 123 134 280,88		
22. Rechnungsabgrenzungsposten			
23. Mindererlös aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen			
unter dem Rückzahlungsbetrag			
24. Reinverlust			
Summe der Aktiva			9 393 228 584,94
In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den Passiven 17a, 18, 19 sind enthalten:			
25a) Forderungen an Konzernunternehmen			4 304 987,71
25b) Forderungen an Mitglieder des Vorstandes, an Geschäftsführer und an andere in § 15 Abs. 1 Nr. 1, 3-6 und Abs. 2 KWG genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Geschäftsleiter oder ein Mitglied des Verwaltungsträgers des Kreditinstitutes Inhaber oder persönlich haftender Gesellschafter ist			28 976 408,30
*) Veränderungen durch Berichtigung der Umstellungsrechnung			
6. Zinsen von Schuldverschreibungen im Umlauf und aufgenommenen langfristigen Darlehen			
anteilige			
Zinsen			
DM			
DM			
a) Pfandbriefe	14 793 252,53	349 206,29	15 142 458,87
b) Kommunal-schuldverschreibungen	16 930 949,83	285 696,19	17 216 646,02
c) Inhaberschuldverschreibungen	823 625,--	--	823 625,--
d) Kassenobligationen	1 197 291,87	--	1 197 291,87
e) aufgenommene Darlehen	2 596 534,06	19 165,78	2 615 699,84
7. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			
darunter: Sparprämien-Gutschriften nach dem SparPG	DM 719 938,46		
8. Stammkapital			100 000 000,--
9. Rücklagen nach § 10 KWG			
a) gesetzliche Rücklagen			59 500 000,--
b) sonstige			31 500 000,--
darunter: Rücklagen der Bausparkasse	DM 12 500 000,--		
10. Sonstige Rücklagen			--
11. Rückstellungen			47 135 659,17
12. Wertberichtigungen			--
13. Sonstige Passiva			732 315,49
13.A Verbindlichkeiten der Bausparkasse			
darunter: nicht kompensierte Verrechnungen			
mit der Bankabteilung	DM 33 030 000,--		
14. Rechnungsabgrenzungsposten			958 331 017,45
15. Mehrerlös aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen			
über dem Rückzahlungsbetrag			57 759 704,37
16. Reingewinn			--
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			
Gewinn 1964			3 600 000,--
darunter: Gewinn der Bausparkasse	DM --,--		
Summe der Passiva			9 393 228 584,94
17. Eigene Ziehungen im Umlauf			
a) darunter: den Kreditnehmern abgerechnet	DM --,--		
18. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen			244 804 472,88
19. Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln			13 069 016,80
20. Verbindlichkeiten gegen Konzernunternehmen (einschl. der Verbindlichkeiten unter Passiva Pos. 17a, 18, 19)			285 883,95
21. Verwaltungskredite			70 737 602,29

ERTRAG

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1964

AUFWAND

	DM	DM	DM
1. Geschäfts- und Verwaltungskosten			
a) Gehälter und Löhne	19 286 888,12		
b) soziale Abgaben	1 129 443,69		
c) sächliche Aufwendungen	7 103 102,08	27 519 433,89	
2. Satzungsmäßige Aufwendungen für den Hessischen Sparkassen- und Giroverband			
a) Pfandbriefe im Umlauf	50 437 452,73	325 000,—	
b) Kommunalschuldverschreibungen im Umlauf	70 527 950,52		
c) sonstige	9 844 345,09	130 809 748,34	
3. Zinsen für deckungspflichtige Verbindlichkeiten			
a) Hypothekendarlehen	48 037 492,01		
b) Kommunaldarlehen	90 401 362,45		
c) Ausgleichsforderungen und Deckungsforderungen	992 585,05		
d) sonstige	5 897 806,27	145 329 225,78	
4. Steuern und Abgaben			
a) Grundsteuern und Gebäude	892 252,35		
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	669 207,88		
c) sonstige	3 532 082,01	5 093 542,24	
5. Abschreibungen			
a) für Pensionsverpflichtungen	1 581 739,—		
b) sonstige Rückstellungen	57 200,—	1 638 939,—	
6. Rückstellungen			
a) Außerordentliche Aufwendungen	—	—	
b) sonstige Rücklagen nach § 10 KWG	206 825,92		
7. Sonstige Aufwendungen			
a) Zuweisungen an Rücklagen	12 500 000,—		
b) Zuweisungen an sonstige Rücklagen	5 000 000,—		
8. Aufwendungen der Bausparkasse			
a) darunter: nicht kompensierte Verrechnungen mit der Bankabteilung	54 744 397,84		
9. Gewinn des Geschäftsjahres			
a) darunter: Gewinn der Bausparkasse	3 800 000,—		
b) darunter: Gewinn der Bausparkasse	263 926 559,09		

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Schriften, Bücher und sonstigen Unterlagen der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt am Main, sowie der erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluss sowie der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluss erläutert, den gesetzlichen Vorschriften. Im übrigen haben auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bank wesentliche Beanstandungen nicht ergeben.

Frankfurt am Main, den 26. Februar 1965

Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft
Treuarbeit
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

gez. Dr. Meyer
Wirtschaftsprüfer

gez. Dr. Scholz
Wirtschaftsprüfer

Frankfurt (Main), den 10. Februar 1965

Hessische Landesbank — Girozentrale —

Der Vorstand

Dr. Conrad Dr. Baumann Feldmann
Dr. Finster Seeliger

263 926 559,09

Landesbausparkasse Hessen - Frankfurt (Main)

Bilanz zum 31. Dezember 1964 (in der Bilanz der Gesamtbank enthalten)

AKTIVA

1. Postscheckguthaben	DM	576 739,02
2. Guthaben bei der Landesbank, öffentlichen Sparkassen und fremden Girozentralen	DM	291 046 864,37
3. Wertpapiere	DM	112 766 862,66
4. Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand	DM	2 116 978,04
a) Ausgleichsforderungen	DM	109 981,38
b) Deckungsforderungen	DM	2 225 959,42
5. Zwischenkredite	DM	58 886 157,62
6. Bauspardarlehen (noch nicht ausbezahlte Bauspardarlehen DM 169 336 908,62)	DM	203 087 385,64
7. Sonstige Darlehen	DM	293 758 463,50
8. Sonstige Forderungen	DM	2 006 755,75
9. Betriebs- und Geschäftsausstattung	DM	1,—
10. Rechnungsabgrenzungsposten	DM	6 555 828,47
Summe der Aktiva	DM	970 831 017,45

*) Veränderungen durch Berichtigung der Umstellungsrechnung

AUFWAND

1. Zinsen	DM	15 832 888,04
a) Spareinlagen	DM	15 862 277,49
b) sonstige	DM	31 694 865,53
2. Verwaltungsaufwand	DM	5 462 979,69
a) persönlicher	DM	2 172 237,53
b) sächlicher	DM	7 635 267,22
3. Aufwand des Neugeschäftes	DM	6 468 347,74
4. Steuern	DM	4 549 113,94
5. Abschreibungen	DM	729 298,65
6. Sonstige Aufwendungen	DM	144 599,—
7. Außerordentliche Aufwendungen	DM	22 905,76
8. Zuweisung an Rücklagen	DM	3 500 000,—
Summe	DM	54 744 397,84

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Schriften, Bücher und sonstigen Unterlagen der Hessischen Landesbank Girozentrale, Frankfurt am Main, sowie der erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluss sowie der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluss erläutert, den gesetzlichen Vorschriften. Im übrigen haben auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bank wesentliche Beanstandungen nicht ergeben.
Frankfurt am Main, den 26. Februar 1965

Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft
Treuhand
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
gez. Dr. Meyer
Wirtschaftsprüfer

PASSIVA

1. Spareinlagen	DM	532 025 087,77
a) der nicht zugewiesenen Bausparer	DM	103 838 770,38
b) der zugewiesenen Bausparer	DM	635 863 858,15
2. Leihgeld	DM	305 246 912,48
3. Sonstige Verbindlichkeiten	DM	3 187 161,58
4. Rücklagen	DM	12 500 000,—
5. Rückstellungen	DM	*) 5 953 191,59
6. Rechnungsabgrenzungsposten	DM	8 079 893,65
Summe der Passiva	DM	970 831 017,45

*) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1964 (in der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesamtbank enthalten)

ERTRAG

1. Zinsen und Beiträge	DM	10 048 819,70
a) Zinsen aus Bauspardarlehen	DM	35 809 445,84
b) sonstige Zinsen	DM	45 858 265,54
2. Gebühren	DM	6 448 789,47
a) Abschlussgebühren	DM	8 767 353,28
b) sonstige	DM	58 948,79
3. Sonstige Erträge	DM	59 830,23
4. Außerordentliche Erträge	DM	—
Summe	DM	54 744 397,84

Frankfurt (Main), den 10. Februar 1965

Hessische Landesbank — Girozentrale —
Der Vorstand
Dr. Conrad
Dr. Finster
Dr. Baumann
Seeliger
Feldmann

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1965

Montag, den 12. April 1965

Nr. 15

Veröffentlichungen

1046

Ungültigkeitserklärung eines Dienstaussweises

Der für Polizeimeister Horst Tschöpel, geb. 29. 8. 1931 in Hermsdorf/Rothenburg, Niederschlesien, vom Oberbürgermeister — Polizeipräsident — der Landeshauptstadt Wiesbaden, am 24. 12. 1964 ausgestellte Dienstaussweis Nr. 541, ist in Verlust geraten.

Er wird hiermit für ungültig erklärt.
62 Wiesbaden, 31. 3. 1965

Der Oberbürgermeister
Polizeipräsident

1047

Bekanntmachung

Der Felthändler Hugo Scheicht, Volkmarren, beabsichtigt in der Gemarkung Volkmarren, auf dem Grundstück Flur 32, Flurstück 32/2 + 33/2, eine Lagerhalle für ungegerbte Häute und Felle zu errichten. Diese Niederlage ist nach § 16 der Gewerbeordnung zu genehmigen. Einsprüche, die gegen dieses Bauvorhaben zu erheben sind, sollen innerhalb 14 Tagen bei dem Kreisausschuß des Landkreises Wolfhagen — Abteilung Bauaufsicht — eingelegt werden. Die Unterlagen zur Genehmigung dieser Lagerhalle können bei meiner Dienststelle innerhalb dieser Frist eingesehen werden.

3547 Wolfhagen, 1. 4. 1965

Der Kreisausschuß des
Landkreises Wolfhagen
— Bauaufsicht —

Gerichtsangelegenheiten

1048

Entmündigung

2 E 1/65: Frau Herlinda Stahl, verw. Bonten, geb. Skopp, in Eschwege, wurde durch Beschluß vom 8. März 1965 wegen Trunksucht entmündigt.

344 Eschwege, 25. 3. 1965 Amtsgericht

1049 **Aufgebote**

6 F 2/64 — **Aufgebot:** Die Eheleute August Weitz und Elisabeth Katharina Weitz aus Offenbach (Main), Bieberer Straße 165, vertr. durch Rechtsanwalt Dr. Leonhardt, Offenbach (Main), haben das Aufgebot zur Ausschließung der Hypothekengläubiger der im Erbbau-Grundbuch von Offenbach-Bürgel, Band I, Blatt 6, in Abt. III, Nr. 16, eingetragenen Sicherungshypothek in Höhe von 4230,38 DM (i. W. Viertausendzweihundertunddreißig 38/100 Deutsche Mark), beantragt.

Im Grundbuch sind die Eheleute Heinrich Fähler und Therese, geb. Oberleit, zuletzt wohnhaft in Offenbach (Main) als Hypothekengläubiger eingetragen.

Die bisherigen Gläubiger werden aufgefördert, spätestens im Aufgebotstermin

am Mittwoch, dem 10. November 1965, um 9.45 Uhr, I. Obergeschoß, Zimmer Nr. 26, ihre Rechte anzumelden, sonst wird das Gericht die Hypothekengläubiger mit ihren Rechten ausschließen. Die Sache wird zur Feriensache erklärt.

605 Offenbach (Main), 24. 3. 1965

Amtsgericht

1050

F 4/65 — **Aufgebot:** Der Kaufmann Friedrich Deubert, Wächtersbach, Bahnhofstraße, hat das Aufgebot beantragt, zur Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes bezüglich der im Grundbuch von Wächtersbach, Band 20, Blatt 300, in Abt. III, unter lfd. Nr. 32, eingetragenen Eigentümergrundschuld in Höhe von 10 000,— DM.

Der Grundschuldbrief ist unauffindbar.

Der Besitzer des Grundschuldbriefes oder etwaige Berechtigte werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 3. Juni 1965, um 10.00 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 10, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden und den Grundschuldbrief vorzulegen, widrigenfalls der Brief für kraftlos erklärt wird.

648 Wächtersbach, 31. 3. 1965

Amtsgericht

1051 **Güterrechtsregister**

Neueintragungen

GR 1121 — 19. 2. 1965: Werle, Hanns, Bauingenieur und Architekt, in Bad Homburg v. d. H., Theodor-Storm-Straße 29a, und Marianne, geb. Krick, daselbst.

Durch Vertrag vom 22. Januar 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1122 — 11. 3. 1965: Ungethüm, Georg, Ingenieur, in Bad Homburg v. d. H., Götzenmühlweg 55, und Charlotte, geb. Kuballa, daselbst.

Durch Vertrag vom 21. Januar 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

638 Bad Homburg v. d. H., 31. 3. 1965

Amtsgericht

1052

GR 450: Durch notariellen Vertrag vom 11. März 1965 haben die Eheleute Kaufmann Norris Keith Colemann und Gisela, geb. Eber, Langenhain-Ziegenberg, Am Heiligenberg 34, Gütertrennung vereinbart.

6308 Butzbach, 30. 3. 1965

Amtsgericht

1053

Neueintragungen

GR 1912 — 5. 3. 1965: Eheleute Postsekretär Reinhold Schnabel und Inge Maria Elisabeth, geb. Weller, Gießen-Wieseck.

Durch Vertrag vom 18. Januar 1965 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut wird gemeinsam verwaltet.

GR 1913 — 23. 3. 1965: Eheleute Kraft-

fahrer Karl-Heinz Wolfgang Leinberger und Ursula, geb. Klinkel in Gießen.

Durch Vertrag vom 20. Mai 1964 ist Gütertrennung vereinbart.

63 Gießen, 29. 3. 1965

Amtsgericht

1054

Neueintragung

4a GR 392 A — 26. März 1965: Kaufmann Heinz Hankammer, kaufm. Angestellte Monika Hankammer, geb. Itter, beide Walldorf, Flughafenstraße 61.

Durch Vertrag vom 12. Februar 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

608 Groß-Gerau, 1. 4. 1965

Amtsgericht

1055

Neueintragungen

GR 3572 — 11. 3. 1965: Eheleute Alwin Ludwig Ebert und Martha, geb. Braun, in Dietzenbach-Steinberg.

Durch notariellen Vertrag vom 29. 12. 1964 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

Das Gesamtgut wird gemeinschaftlich verwaltet.

GR 3573 — 11. 3. 1965: Eheleute Walter Iven und Roswita, geb. Böer in Offenbach a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 27. 2. 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3574 — 24. 3. 1965: Eheleute Alfred Wahl und Elisabeth Maria, geb. Busch in Steinheim a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 10. 12. 1964 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

Das Gesamtgut wird vom Ehemann verwaltet.

GR 3575 — 24. 3. 1965: Eheleute Joachim Werner Gatzsche und Erika, geb. Wießmann in Hausen.

Durch notariellen Vertrag vom 2. 2. 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3576 — 24. 3. 1965: Eheleute Alfons Hohmann und Hannelore, geb. Götz in Mühlheim a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 1. 3. 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3577 — 24. 3. 1965: Eheleute Werner Michael Hofmann und Ursula, geb. Dreiling in Hausen.

Durch notariellen Vertrag vom 25. 2. 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3578 — 30. 3. 1965: Eheleute Wolfgang Ernst Spörhase und Erika Sofie, geb. Benne in Offenbach a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 13. 2. 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3579 — 30. 3. 1965: Eheleute Martin Suchan und Erika, geb. Faller in Mühlheim a. M.

Durch notariellen Vertrag vom 18. 3. 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3580 — 30. 3. 1965: Eheleute Karl August Hermann Grünh und Hilde, geb. Bentheim in Neu-Isenburg.

Durch notariellen Vertrag vom 4. 3. 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

605 Offenbach (Main), 30. 3. 1965.

Amtsgericht, Abt. 5

1078**Beschluß**

81 N 388/64: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Ingenieurs August Haefner, Frankfurt (Main), Hamburger Allee 52, Rohrleitungsbau, Zentralheizungen, sanitäre Anlagen, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 23. April 1965, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung 1000,—DM, Auslagen 25,— DM.

6 Frankfurt (Main), 29. 3. 1965

Amtsgericht, Abt. 81

1079**Beschluß**

81 N 298-299/62: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Verlagsinhaberin Erika Limpert, geb. Jänichen, alleinige Inhaberin der Firma Wilhelm Limpert Verlag, Frankfurt (Main), Zeil 65/69, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 23. April 1965, um 11.15 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 29. 3. 1965

Amtsgericht, Abt. 81

1080

81 N 57/65 — **Konkursverfahren**: Über das Vermögen des Bauunternehmers Johann Baldauf, Frankfurt (Main), Nibelungen-Allee 25, wird heute, am 29. März 1965, um 11.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Hans Revermann, Schwalbach/Ts., Pfingstbrunnstraße 5; Tel.: (915) 8 17 37.

Konkursforderungen sind bis zum 4. Mai 1965 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am: 7. Mai 1965, um 9.30 Uhr, Prüfungstermin: 21. Mai 1965, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 4. Mai 1965 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 29. 3. 1965

Amtsgericht, Abt. 81

1081**Beschluß**

81 N 289/63: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der Frau Helga Ross, Inhaberin der Firma Helga Ross, elektrische Geräte, Frankfurt (Main), Bockenheimer Anlage 7, wird, nachdem der in dem Vergleichstermin vom 26. 2. 1965 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 5. 3. 1965 bestätigt wurde, hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 22. 3. 1965

Amtsgericht, Abt. 81

1082

Konkursverfahren: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Inge-

nieurs August Haefner, Frankfurt (Main), Hamburger Allee 52, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Die verfügbare Masse beträgt 6283,56 DM, von der noch die Gerichtskosten des Verfahrens abgehen. An der Ausschüttung nehmen teil, nicht bevorrechtigte Forderungen im Betrage von 15 805,53 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht der Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abt. 81, offen.

6 Frankfurt (Main), 31. 3. 1965

Der Konkursverwalter
Dr. J. Dillmann,
Rechtsanwalt

1083

50 N 23/62: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Grasing KG., Kassel, Heinrichstr. 5, soll die Schlußverteilung erfolgen. Verfügbar sind 344,99. Die bevorrechtigten Forderungen der Rangklasse I betragen 17 249,53 DM. Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Kassel, Abt. 50, niedergelegt.

35 Kassel, 5. 4. 1965

Der Konkursverwalter
Dr. E. von Moers,
Rechtsanwalt u. Notar

1084**Beschluß**

5 N 6/59: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des am 9. Dezember 1956 in Rauschenberg verstorbenen Bäckermeisters und Auszüglers Wilhelm Moll wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf Donnerstag, den 6. Mai 1965, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain / Bz. Kassel, Niederrheinische Straße 32, Zimmer 20, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses.

Die Vergütung des Konkursverwalters wurde bereits durch Beschluß vom 6. 7. 1961 auf 1196,— DM, seine Auslagen auf 58,70 DM festgesetzt.

357 Kirchhain (Bz. Kassel), 12. 3. 1965

Amtsgericht

1085

3 N 1/60: Das **Konkursverfahren** über den Nachlaß des am 18. Februar 1959 verstorbenen Kaufmanns Conrad Schumann, wohnhaft gewesen in Winkel (Rheingau), wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

622 Rüdesheim (Rhein), 29. 3. 1965

Amtsgericht

1086

1 VN 1/65 — **Vergleichsverfahren**: Die handelsgerichtlich eingetragene Firma K. J. Brinkmann KG., Bekleidungswerk, Großalmerode, vertreten durch ihren persönlich haftenden Gesellschafter Industriekaufmann Kurt Joachim Brinkmann in Großalmerode, Krs. Witzenhausen, hat

durch einen am 30. 3. 1965 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt.

Vorläufiger Verwalter ist der Dipl.-Volkswirt, Dr. W. Meyer-Hilgenberg in Kassel-W., Kuhbergstraße 3.

Die Schuldnerin darf über Vermögensgegenstände nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen und Verbindlichkeiten nur mit seiner Zustimmung eingehen.

343 Witzenhausen, 31. 3. 1965

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert als bald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs

1087

K 8/63: Das im Grundbuch von Frebershausen, Band 5, Blatt 137, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Frebershausen, Flur 12, Flurstück 31/1, Hof- und Gebäudefläche, Auf der Glashude, Haus Nr. Größe 4,74 Ar,

soll am 2. Juni 1965, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Laustraße, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. Juli 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. a) Rentner Emil Axmann, b) Schreiner Otto Axmann, beide in Frebershausen, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 55 044,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

359 Bad Wildungen, 2. 4. 1965

Amtsgericht

1088

4 K 39/64: Das im Grundbuch von Jugenheim, Band 14, Blatt 701, eingetragene Grundstück,

Nr. 23, Gemarkung Jugenheim, Flur 2, Flurstück 134/8, Hof- und Gebäudefläche, Weinbergstraße 41, Größe 12,39 Ar,

soll am 26. Mai 1965, um 8.30 Uhr, im

Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. Dez. 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Hausfrau Marie Luise Walter, geb. Feick in Jugenheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 29. 3. 1965 **Amtsgericht**

1089

4 K 41/64: Die im Grundbuch von Bensheim, I. Band 53, Blatt 3112; II. Band 54, Blatt 3149, eingetragenen Grundstücke,

zu I.:

Nr. 5, Gemarkung Bensheim, Flur 18, Flurstück 514, Ackerland (Obstb.), In den Kappesgärten, 9,43 Ar,

Nr. 6, Gemarkung Bensheim, Flur 25, Flurstück 98, Ackerland, Am langen Pfad, 63,73 Ar,

zu II.:

Nr. 10, Gemarkung Bensheim, Flur 8, Flurstück 463, Ackerland (Weingarten), Im Hemsberg, 10,72 Ar,

Nr. 11, Gemarkung Bensheim, Flur 8, Flurstück 451, Hutung, daselbst, 8,39 Ar,

Nr. 12, Gemarkung Bensheim, Flur 6, Flurstück 52, Ackerland, Auf den Betten, 34,09 Ar,

Nr. 13, Gemarkung Bensheim, Flur 18, Flurstück 515, In den Kappesgärten, 10,82 Ar,

sollen am 2. Juni 1965, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 126, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. Januar 1955 (Tag des Versteigerungsvermerks):

zu I.: Fabrikarbeiter Philipp Jakob Delarue, in Bensheim;

zu II.: Fabrikarbeiter Philipp Jakob Delarue und seine Ehefrau Klara, geb. Schader, beide in Bensheim, in Errungenschaftsgemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 2. 4. 1965 **Amtsgericht**

1090

4 K 46/64: Das im Grundbuch von Hähnlein, Band 28, Blatt 1631, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Hähnlein, Flur 1, Flurstück 519/2, Hof- und Gebäudefläche, Karl-Marx-Straße 14, Größe 7,93 Ar,

soll am 9. Juni 1965, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer Nr. 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. Januar 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Roland Kaspar, in Bensheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 5. 4. 1965 **Amtsgericht**

1091

61 K 5/64: Das im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk IV, Band 17, Blatt 876, eingetragene Grundstück,

Nr. 4, Gemarkung Darmstadt, Flur 4, Flurstück 496/2, Hof- und Gebäudefläche, Adelongstr. 23, Größe 9,57 Ar,

soll am 24. Juni 1965, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildensplatz 12, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 2. 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Hans Adam Friedrich Theodor Wolf, in Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 2. 4. 1965 **Amtsgericht**

1092

K 15/63: I. Der Versteigerungstermin vom 6. April 1965 wird abgesetzt.

II. Neuer Versteigerungstermin im Wege der Zwangsvollstreckung der im Grundbuch von Groß-Zimmern, Band 95, Blatt 3848, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 4, Gemarkung Dieburg, Flur 10, Nr. 9/1, Hof- und Gebäudefläche, auf dem Keesbühlsweg, 43,09 Ar,

Nr. 5, Gemarkung Dieburg, Flur 10, Nr. 9/2, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, 43,09 Ar,

Nr. 6, Gemarkung Dieburg, Flur 10, Nr. 12, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, 17,20 Ar,

wird auf Montag, den 10. Mai 1965, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstr. 31, Zimmer 7, bestimmt.

Eingetragener Eigentümer am 26. 8. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks) Kaufmann Karl Josef Lorenz Dietz in Groß-Zimmern.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 31. 3. 1965 **Amtsgericht**

1093

8 K 20/64: Die im Grundbuch von Nanzenbach, Band 28, Blatt 1099, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 3, Gemarkung Nanzenbach, Flur 27, Flurstück 592/160, Hof- und Gebäudefläche, Adolfstr. 241, Größe 2,57 Ar,

Nr. 4, Gemarkung Nanzenbach, Flur 27, Flurstück 650/505, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, 0,29 Ar,

sollen am 16. Juni 1965, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstr. Nr. 7, Zimmer Nr. 18, durch Zwangsvollstreckung zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. September 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Ehefrau Lina Thomas, geb. Reeh, Nanzenbach (Dillkreis); b) Ehefrau Maria Zoll, geb. Thomas, Oberscheid (Dillkreis) — je zur ideellen Hälfte.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Grundstück, lfd. Nr. 3 auf 21 000,— DM, für Grundstück, lfd. Nr. 4 auf 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 29. 3. 1965 **Amtsgericht**

1094

8 K 3/64: Die ideelle Hälfte der im Grundbuch von Hirzenhain, Band 15, Blatt 595, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Hirzenhain, Flur 12, Flurstück 40, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 64, Größe 1,41 Ar,

Nr. 11, Gemarkung Hirzenhain, Flur 12, Flurstück 271, Gartenland, Im Loh, 1. Gw., 1,55 Ar,

Nr. 17, Gemarkung Hirzenhain, Flur 12, Flurstück 41, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße, 0,80 Ar,

sollen am 30. Juni 1965, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. Nov. 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Emil Schneider in Hirzenhain (Dillkreis) — bezüglich der zur Versteigerung stehenden ideellen Hälfte.

Der Wert der Grundstückshälften ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: Grundstück, lfd. Nr. 1 auf 6700,— DM, Grundstück, lfd. Nr. 11 auf 300,— DM, Grundstück, lfd. Nr. 17 auf 2300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 29. 3. 1965 **Amtsgericht**

1095

8 K 6/64, 8 K 2/65: Das im Grundbuch von Fellerdilln, Band 22, Blatt 790, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Fellerdilln, Flur 11, Flurstück 28/7, Hof- und Gebäudefläche, Unter der Bachstruth, 5,57 Ar,

soll am 26. Mai 1965, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße 7, Zimmer Nr. 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am: a) 12. 3. 1964, b) 9. 3. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): zu a) Maurer Herbert Reichmann, Fellerdilln — zur ideellen Hälfte; zu b) Else Marie Reichmann, geb. Benner, daselbst, — zur ideellen Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 22 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 1. 4. 1965 **Amtsgericht**

1096

K 5/64 — K 1/65: Das im Grundbuch von Schaaheim, Band 23, Blatt 1602, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Schaaheim, Flur 2, Flurstück 10, Geb.-B. Nr. 984, Hof- und Gebäudefläche, Beunegasse 27, Größe 4,52 Ar,

soll am Donnerstag, den 24. Juni 1965, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wilhelm-Leuschner-Str. 44, Zimmer Nr. 4, durch Zwangsvollstreckung zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 5. 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): bezüglich des dem schuldnerischen Ehemann gehörenden Miteigentumsanteils zu 1/3 — K 5/64 — war Willi Salzner in Schaaheim.

Eingetragene Eigentümerin (Tag der Versteigerungsvermerks): bezüglich des der schuldnerischen Ehefrau gehörenden Miteigentumsanteils zu $\frac{1}{2}$ — K 1/65 — war Susanne Salzner, geb. Jung, in Schaafheim.

Beide Verfahren sind durch Beschluß vom 24. 3. 1965 gemäß § 18 ZVG miteinander verbunden worden.

Der Wert der ideellen Grundstücks-hälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf je 86 350,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6114 Groß-Umstadt, 26. 3. 1965

Amtsgericht

1097

51 K 40/62: Das im Grundbuch von Kassel, Band 74, Blatt 1450, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 8, Gemarkung Kassel, Flur H, Flurstück 965/1, Lieg.-B. 1256, Hof- und Gebäudefläche, Philosophenweg 63, Größe 4,50 Ar,

soll am 25. Mai 1965, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 3. Dezember 1962 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Ebert & Co., Kraftstoffvertrieb und Kraftfahrzeughandel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kassel (Erol Kraftstoff-Vertriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Kassel).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 29. 3. 1965

Amtsgericht

1098

51 K 84/64: Das im Grundbuch von Bettenhausen, Band 60, Blatt 1790, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis, lfd. Nr. 5, Gemarkung Bettenhausen, Flur 18, Flurstück 18, Lieg.-B. 536, Geb.-B. 36, Hof- und Gebäudefläche, An der Schlade 24, Größe 12,40 Ar,

soll am 1. Juni 1965, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 11 (Saalbau), Zimmer 143, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. November 1964 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): a) Schreiner Alfred

Köhler in Kassel, b) Ehefrau Erika Luckdeschel, geb. Köhler in Kassel, in Erben-gemeinschaft.

Auf die Saammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 29. 3. 1965

Amtsgericht

1099

7 K 15/64: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Heusenstamm, Band 65, Blatt 2567, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heusenstamm, Flur 3, Nr. 158/4, LB 282, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Straße 112, Größe 16,31 Ar,

am Mittwoch, dem 26. Mai 1965, um 9.00 Uhr, durch das unterzeichnende Gericht, Kaiserstraße 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks (23. März 1964): Frau Gertrude Liselotte Scholz, geb. Schad in Heusenstamm.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 493 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 30. 3. 1965

Amtsgericht, Abt. 7

1100

3 K 32/64: Das im Grundbuch von Hohensolms, Band 29, Blatt 1020, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Hohensolms, Flur 11, Flurstück 11, Grünland, Hals (jetzt: Hof- und Gebäudefläche), 19,66 Ar,

soll am 26. Mai 1965, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Zimmer 49, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. Juli 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Karl-Heinz Biek, Hohensolms.

Beschluß

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 25. 8. 1964 und des Beschlusses vom 19. 10. 1964 gegenüber allen Beteiligten auf 228 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am

Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 26. 3. 1965

Amtsgericht

1101

3 K 27/64: Das im Grundbuch von Krumbach, Band 15, Blatt 571, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Krumbach, Flur 3, Flurstück 79, Hof- und Gebäudefläche, in dem Steinfurtsbach, 12,06 Ar,

soll am 26. Mai 1965, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. Juni 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Inge Grasmehr, Krumbach.

Beschluß

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 10. 11. 1964 gegenüber allen Beteiligten auf 35 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 26. 3. 1965

Amtsgericht

1102

1 K 15/64: Das im Grundbuch von Bad Sooden-Allendorf, Band 61, Blatt 2610 A, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Bad Sooden-Allendorf, Flur 15, Flurstück 254, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße, Haus Nr. 21 1/2, Größe 2,28 Ar,

soll am 26. Mai 1965, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Walburger Str. 38, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerinnen am 27. Oktober 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): I. Margarete Eymer — jetzt verheiratete Meurer, in Köln-Ehrenfeld — jetzt in Bad Sooden-Allendorf — zu $\frac{1}{2}$; II. Ehefrau Charlotte Aster, geb. Eymer in Bad Sooden-Allendorf — zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 65 460 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

343 Witzhausen, 25. 3. 1965

Amtsgericht

1103

Andere Behörden und Körperschaften

Aufforderung: Frau Maria Diehl geb. Göller, Ffm.-Unterriederbach, Alemannenweg Nr. 44 hat die Kraftloserklärung des auf ihren Namen lautenden Sparkassenbuches Nr. 28-6403 beantragt.

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

6 Frankfurt (Main), 30. 3. 1965

Städtsparkasse Frankfurt (Main)

1104

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 2. 4. 1965 sind die Sparkassenbücher Nr. 5973 und 8369 unserer Hauptzweigstelle Bad Salzschlirf Maria Arnold und Anton Arnold, Bad Salzschlirf, Schlitzer Str. 12; Nr. 6866 unserer Hauptzweigstelle Hettenhausen Heinz Strecker, Hettenhausen; Nr. 52681 Elisabeth Hoin geb. von Volxen, Mühlhausen/Thür., Martinst. 20, für kraftlos erklärt worden.

64 Fulda, 2. 4. 1965

Kreissparkasse Fulda
Der Vorstand

1105

Kraftloserklärung: Das Sparkassenbuch zu dem Sparkonto 4012, lautend auf Heinrich und Marie Hesse, Immenhausen, wird für kraftlos erklärt.

3523 Grebenstein, 30. 3. 1965

Städtische Sparkasse zu Grebenstein
Der Vorstand

1106

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 26. März 1965 ist das Sparkassenbuch Nr. 111105, Ernst Schmidt und Ehefrau Anna geb. Heßler, Queckborn, Wanergasse 5, für kraftlos erklärt worden.

6310 Grünberg (Hessen), 31. 3. 1965

Bezirkssparkasse Grünberg
Der Vorstand

1107

Kraftloserklärung: Durch Beschluß des Vorstandes vom 2. April 1965 ist das Sparkassenbuch Nr. 46 100, lautend auf Herrn Helmut Kopp, Hanau, Rohrstraße 8, für kraftlos erklärt worden.

645 Hanau, 2. 4. 1965

Städtsparkasse und Landesleihbank Hanau
Der Vorstand

1108

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 25. März 1965 ist das Sparkassenbuch Nr. 90 784, lautend auf Frau Merry Sonn in Freiburg (Breisgau), Kirchstraße 25, Wohnheim St. Johann, für kraftlos erklärt worden.

3508 Melsungen, 2. 4. 1965

Kreis- und Stadtparkasse Melsungen
Der Vorstand

1109

Aufforderungen: Nachstehend aufgeführte Personen haben die Kraftloserklärung der nachfolgend bezeichneten Sparkassenbücher beantragt:

Sparkassenbuch Nr. 58280 lautend auf den Antragsteller Frau Martha Herfert geb. Langer, Ostheim (Kr. Hanau), Hochstraße 5.

Sparkassenbuch Nr. 47369 lautend auf den Antragsteller Frau Anna Thammmer geb. Seibel, Oberdorfelden (Kr. Hanau), Kuhgasse 33.

Die Inhaber vorstehender Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

645 Hanau (Main), 31. 3. 1965

Kreissparkasse Hanau
Der Vorstand

1110

Veröffentlichung des 3. Nachtrages zur Satzung des Hessischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes Frankfurt am Main

Der durch den Herrn Hessischen Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen am 12. März 1965 — Akt. Z. II 54 i 2003 — 352/65 — genehmigte 3. Nachtrag zur Satzung des Hessischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes Frankfurt am Main vom 6. Mai 1954 (Staatsanzeiger für das Land Hessen 1954 S. 1174) vom 22. Februar 1965 wird nachstehend veröffentlicht.

6 Frankfurt (Main), 22. 3. 1965

Hessischer
Gemeindeunfallversicherungsverband

Der Vorsitzende des Vorstandes
gez. Dr. Köbel
Bürgermeister

*

3. Nachtrag

zur Satzung des Hessischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes Frankfurt am Main vom 6. Mai 1954.

1.

§ 22 Absatz 1 wird folgender Halbsatz angefügt:

Die Aufwendungen des Verbandes aus der Entschädigung von Arbeitsunfällen in den Fällen des § 657 Abs. 1 Nr. 7 und Nr. 8 RVO in der Fassung des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung vom 30. April 1963 (BGBl. I Seite 241) werden, einschließlich der anteiligen Kosten der Unfallverhütung und der Verwaltung, auf die Gemeinden umgelegt.

2.

Dieser Nachtrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1965 in Kraft.

Beschlossen durch die Vertreterversammlung des Hessischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes in ihrer Sitzung am 22. Februar 1965 in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., den 22. Februar 1965

— LS —

Der Vorsitzende
der Vertreterversammlung
gez. Seyfarth

Genehmigung

Der von der Vertreterversammlung des Hessischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes am 22. Februar 1965 beschlossene 3. Nachtrag zur Satzung wird hiermit genehmigt.
Wiesbaden, den 12. März 1965

— LS —

Der Hessische Minister
für Arbeit, Volkswohlfahrt
und Gesundheitswesen
II 54 i 2003 — 352/65

Im Auftrage:
gez. Ebel
Ministerialrat

1111 Öffentliche Ausschreibungen

BAD HERSFELD: Zur Beseitigung von Fahrbahnschäden aus dem Winter 1964/65 auf der Landesstraße Nr. 3250 zwischen Iba und Bauhaus sollen nachstehende Arbeiten vergeben werden:

- Auszuführen sind:
- 2 200 t Frostschuttschicht liefern und einbauen
- 8 400 qm bituminösen Unterbau
- 8 400 qm Asphaltbinder
- 8 400 qm Asphaltbeton

Bauzeit: 70 Arbeitstage

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 14. April 1965 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 10,00 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/M. Nr. 6753 mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für die Beseitigung von Fahrbahnschäden auf der Landesstraße Nr. 3250 zwischen Iba und Bauhaus.“ Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 15. 4. 1965 in der Zeit von 9.00 bis 10.00 Uhr beim Registrator (Zimmer Nr. 15).

Eröffnungstermin: Donnerstag, den 29. April 1965, um 11.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 22 Werkstage.

643 Bad Hersfeld, 30. 3. 1965

Hessisches Straßenbauamt

1112

Dillenburg: Für den Ausbau der Ortsdurchfahrt Gönnern im Zuge der Landesstraße 3042 von km 18,112 bis km 19,132 sollen u. a. vergeben werden:

- 8100 cbm Erdaushub
- 2000 t Hartsteinbrechsand 0/5
- 3600 t Hartsteinsplitt 0/35
- 3750 t Rüttelschotter 35/55
- 7900 qm bituminöse Tragschicht 0/35
- 8950 qm Asphaltbinder 0/18
- 8950 qm Asphaltfeinbeton 0/12
- 500 qm Halbrinne
- 2000 lfd. m Hochbordsteine

Bauzeit: 240 Arbeitstage.

Eröffnungstermin: 28. 4. 1965 um 11.00 Uhr. Ende der Zuschlagsfrist: 28. Kalendertage.

Die Bieter müssen nachweisbar gleichartige Bauleistungen ausgeführt haben. Anforderung oder Abholung (Zimmer 8) der Angebotsvordrucke ab 13. 4. 1965 bis 22. 4. 1965 gegen Quittung mit der Angabe: Ausbau Ortsdurchfahrt Gönnern über eingezahlte Selbstkosten in Höhe von 25,— DM (Staatskasse Dillenburg, Postscheckkonto Ffm. 6820). Der Betrag wird nicht zurückerstattet.

634 Dillenburg, 6. 4. 1965

Hess. Straßenbauamt

1113

DARMSTADT: Folgende Arbeiten sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

1. Ausbau der Ortsdurchfahrt Waschenbach Krs. Darmstadt im Zuge der Kreisstraße 138, km 9,525—km 10,296

Auszuführen sind u. a.:

- 3400 cbm Erdarbeiten
- 5000 qm Frostschuttschicht
- 2500 t Mineralbeton
- 5000 qm Asphaltbinder und Asphaltfeinbeton
- 750 lfdm Hochbordsteine und Entwässerungsrinnen
- 900 lfdm Beton-Tiefbordsteine
- 1500 qm Bürgersteigbefestigung

Bauzeit: 80 Arbeitstage

2. Ausbau der Kreisstraße 167 Erzhausen-Wixhausen (Krs. Darmstadt) Neubaustrecke

Auszuführen sind u. a.:

- 8300 cbm Erdarbeiten
- 4000 cbm Klessand (Sauberkeitsschicht)
- 4100 t bit. Tragschicht
- 18500 qm Asphaltbinder
- 21500 qm Asphaltfeinbeton
- 5200 lfdm Beton-Tiefbordsteine
- 600 lfdm Hochbordsteine und Entwässerungsrinnen
- 1100 qm Bürgersteigbefestigung

Bauzeit: 100 Arbeitstage

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher und ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 21. 4. 1965 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von je Bauvorhaben DM 6,— beide Bvh. zus. DM 12,—, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 35599 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, mit Angabe „Ausschreibungsunterlagen zu 1. K. 138 Ortsdurchfahrt Waschenbach, zu 2. K. 167, Erzhausen-Wixhausen.“ Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 26. 4. 1965 in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt, Darmstadt (Eingangsschalter).

Eröffnung: Dienstag, den 11. 5. 1965 — 1. um 10.00 Uhr, 2. um 10.10 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werkstage.

61 Darmstadt, 30. 3. 1965

Hessisches Straßenbauamt

1114

DARMSTADT: Die Straßenbauarbeiten im Zuge der Landesstraße 3094 Ortsdurchfahrt Dieburg (Aschaffenburg StraÙe) (km 15 818 bis km 16 173) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

1100 cbm Bodenabtrag
1300 cbm Filterkies
1000 t bit. Tragschicht
300 t Binder
3000 qm Asphaltfeinbeton
650 lfdm Rinnenplatten mit Hochbordsteinen in Beton
1500 qm Betonplattenbelag
Bauzeit: 70 Arbeitstage

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher und ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 20. 4. 1965 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 10,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 35599 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen L 3094, OD Dieburg“. Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 22. 4. 1965 in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Darmstadt (Eingangsschalter).

Eröffnung: Freitag, den 30. 4. 1965, um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werkstage.

61 Darmstadt, 30. 3. 1965

Hessisches Straßenbauamt

1115

Eschwege: Zur Beseitigung von Frostschäden auf der Bundesstraße Nr. 7 sollen nachstehende Arbeiten vergeben werden:

Los I km 22,150—22,335 und km 22,570—22,850 innerhalb der Ortslage Fürstenhagen und in Richtung Hess. Lichtenau,
Los II km 24,300—25,220 zwischen Fürstenhagen und Hess. Lichtenau.

Auszuführen sind:

Los I	Los II	
1100 cbm	1900 cbm	Bodenauskoffierung
1100 cbm	2900 cbm	Frostschuttschicht
3400 qm	6700 qm	bit. Unterbau
3300 qm	6700 qm	Asphaltbinder
3300 qm	6500 qm	Asphaltbetondecke
40 Arb.-Tage	70 Arb.-Tage	Bauzeit

Außerdem fallen noch sonstige Nebenarbeiten sowie in beiden Losen Gemeindefarbeiten mit an.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder

ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 15. April 1965 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 10,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6746, oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Frostschadenbeseitigung auf der Bundesstraße Nr. 7 zwischen Fürstenhagen und Hess. Lichtenau.“ Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 22. April 1965 beim Hess. Straßenbauamt Eschwege.

Eröffnung: Mittwoch, 5. 5. 1965, um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 28 Werkstage.

344 Eschwege, 2. 4. 1965

Hess. Straßenbauamt

1116

Weilburg: Die Arbeiten für den Ausbau der Ortslage Lindenhöhen im Zuge der Bundesstraße 8 im Kreis Limburg sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

6500 cbm Auskoffierung
3500 cbm Frostschutzmaterial
5500 qm Schotterunterbau
6200 qm bit. Tragschicht
6200 qm zwischschichtige Asphaltbetondecke
1500 lfd. m Drainage
1300 lfd. m Betonleitstreifen
1100 lfd. m Bordsteine
2700 qm Gehwegbefestigung sowie die einschl. Nebenarbeiten

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 23. April 1965 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 12,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse in Weilburg/Lahn, Postscheckkonto Frankfurt/Main Nr. 6929, mit Angabe „Ortslage Lindenhöhen B 8“. Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 27. 4. 1965 in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt 629 Weilburg (Zimmer 9).

Eröffnung: 12. Mai 1965 um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 24 Werkstage.

629 Weilburg (Lahn), 1. 4. 1965

Hess. Straßenbauamt

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

Stoff-Handtuchautomaten

SERVOMAT

Frankfurt am Main
Bockenheimer Landstraße 11
Ruf 72 87 85



Druck-, Schreib-, Rotaprint- und Durchschlagpapiere
Kartei- und Aktendeckelkarton
Zeichen- und Transparentpapiere
feine Briefbogen
und Anzeigekarten

DRISLER & Co

6000 Frankfurt am Main-Hausen, Postfach 88
Telefon Sammel-Nr. 77 00 06 · FS: 04 13 128

**ROTE
WARNFLAGGEN**
für überstehende Ladungen

neutral oder mit Firmenaufdruck



ELASTIC GmbH

6 Frankfurt am Main
Mainzer Landstraße 315—321
Tel. Sa.-Nr. (0611) 33 76 41

Uniformen

für Bedienstete
aller Berufe

Georg Blitz

KLEIN-UMSTADT
Ruf: Groß-Umstadt 288

DAG-SCHULE

Buchführung · Kostenrechnung · Bilanzwesen
Frankfurt/Main, Bockenheimer Landstraße 72-74

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 6,50. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gemmer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.
Verlag Verlag Kultur und Wissen GmbH, 62 Wiesbaden, Postscheckkonto 6 Frankfurt/Main, Nr. 143 60 Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz, Nr. 78 326, Deutsche Effekten- und Wechselbank 62 Wiesbaden, Nr. 69 655. Druck: Pressehaus Giesel Nachf., 62 Wiesbaden, Bahnhofstraße 33.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden Wilhelmstraße 42, Ruf. Sa.-Nr. 5 98 67. Fernschreiber. 04-186 648.
Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,30 und DM —,25 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 2,— und DM —,30, bis 48 Seiten DM 2,30 und DM —,40, über 48 Seiten DM 2,50 und DM —,40. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages.

Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 4 v. 1. 1. 1962. Umfang der Ausgabe 24 Seiten.

1117

Eschwege: Die Arbeiten zum Ausbau der Kreisstraße Nr. 49 in der Ortslage Ellingerode von km 0,412 bis 0,950 und die Oberflächenbehandlung auf der Kreisstraße Nr. 42 zwischen Rommerode und Laudenbach, km 0,003 bis km 1,140 (Kreis Witzhausen), sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- Los I Ausbau der K 49
 - rd. 1300 cbm Erdarbeiten
 - rd. 350 cbm Kies 0-30 mm für Sauberkeitsschicht
 - rd. 1000 t Rüttelschotter d. K. 35/75 mm
 - rd. 2700 qm Asphaltfeinbeton auf Mischmakadamunter-schicht
 - rd. 190 cbm B 160 bzw. B 225 für Fundamente und Stütz-mauern einschl. verschiedener Nebenarbeiten und der Gemeindefarbeiten
- Los II Oberflächennachbehandlung auf der K 42
 - rd. 100 t Teersplitt der Körnung 0/18 mm zum Aus-gleich
 - rd. 5000 qm Asphaltbetonteppich 0/8 mm

Bauzeit: Los I 70 Arbeitstage,
Bauzeit: Los II 10 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 15. 4. 1965 an-zufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 10,- DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staats-kasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6746, oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege mit Angabe: „Ausschreibungs-unterlagen Ausbau der K 49 Ortslage Ellingerode.“ Selbstabholer er-halten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 23. 4. 1965 beim Hess. Straßenbauamt Eschwege.

Eröffnung: Mittwoch, den 5. 5. 1965, um 11.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werkstage.

344 Eschwege, 2. 4. 1965

Hess. Straßenbauamt

1118

Die Stadt Darmstadt (140 000 Einwohner, Orts-klasse S) sucht für das Rechnungsprüfungsamt zum baldigen Eintritt einen

Stadtoberbauinspektor

— Bes.-Gr. A 10 HBesG —

Voraussetzung: Abgeschlossene Fachschulbildung (HTL) als Hochbauingenieur, Fachprüfung zum Bauinspektor der Fachrichtung Hochbau, mehr-jährige praktische Erfahrung im technischen Verwaltungsdienst.

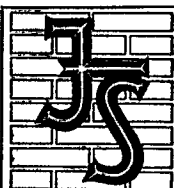
Der Bewerber muß in der Lage sein, selbständig Ent-wurf, Veranschlagung und Abrechnung von Bauvor-haben auf Vollständigkeit, Preiswürdigkeit und Wirt-schaftlichkeit zu prüfen sowie Prüfungsberichte und Gutachten in fachlich und stilistisch einwandfreier Form abzufassen.

In Darmstadt befinden sich eine Technische Hoch-schule, mehrere Gymnasien und andere weiterführende Schulen.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften und lücken-losem Tätigkeitsnachweis werden bis 1. Mai 1965 er-beten an das städt. Hauptamt, Darmstadt, Grafen-straße 30.

61 Darmstadt, 1. 4. 1965

Der Magistrat der Stadt Darmstadt



Holzwerke Georg Jäger & Sohn

- Zimmerarbeiten
 - Treppenbau
 - Bauschreinerarbeiten
- Stammwerk Queckborn (Oberhessen)
Frankfurt am Main
Schmittstr. 53, Tel. 33 26 63

Berater und Lieferer für Staats- und Kommunalbauten

Umstellung von Koks- auf Ölfuehrung

Betriebsfertige vollautomatische Ölfuehrungsanlagen
bis 90 000 WE/h mit 2 000-Liter-Kellertank
liefert bereits ab **1790,- DM**
ATLAS HEIZUNGSBAU GmbH, 6000 Bergen-Enkheim
bei Frankfurt, Benzstraße 8, Telefon: 2 10 27

ELEKTRO- KERN ANLAGEN- UND GERÄTEBAU

Ausführung sämtlicher Hochspannungs-, Starkstrom-, Neon-, Antennen- u. Blitzschutzanlagen, Reparaturen, Projektierungen
FRANKFURT/MAIN-NIED, Lotzstraße 28 Rufnummer 31 32 17

HUGO JUNG

BAUDEKORATION
FRANKFURT AM MAIN
FLINSCHSTRASSE 15 · TELEFON 41 23 66

ROEDIGER Gegründet 1842
Hanau (Main)

Sämtliche Klärwerks - Installationen
Neuerung: Aufstellfertig vorgefabrizierte Schlammfauungs-Kleinanlagen für 3000 bis 10 000 Einwohner-GW.

Gedr. **Schinkel** OHG.
ELEKTROBAU HOCH- UND NIEDERSPANNUNGSANLAGEN
WIESBADEN Schalttafelbau
Wiesbaden-Erbenheim, Barbarossastraße 1 · Fernruf 7 43 24

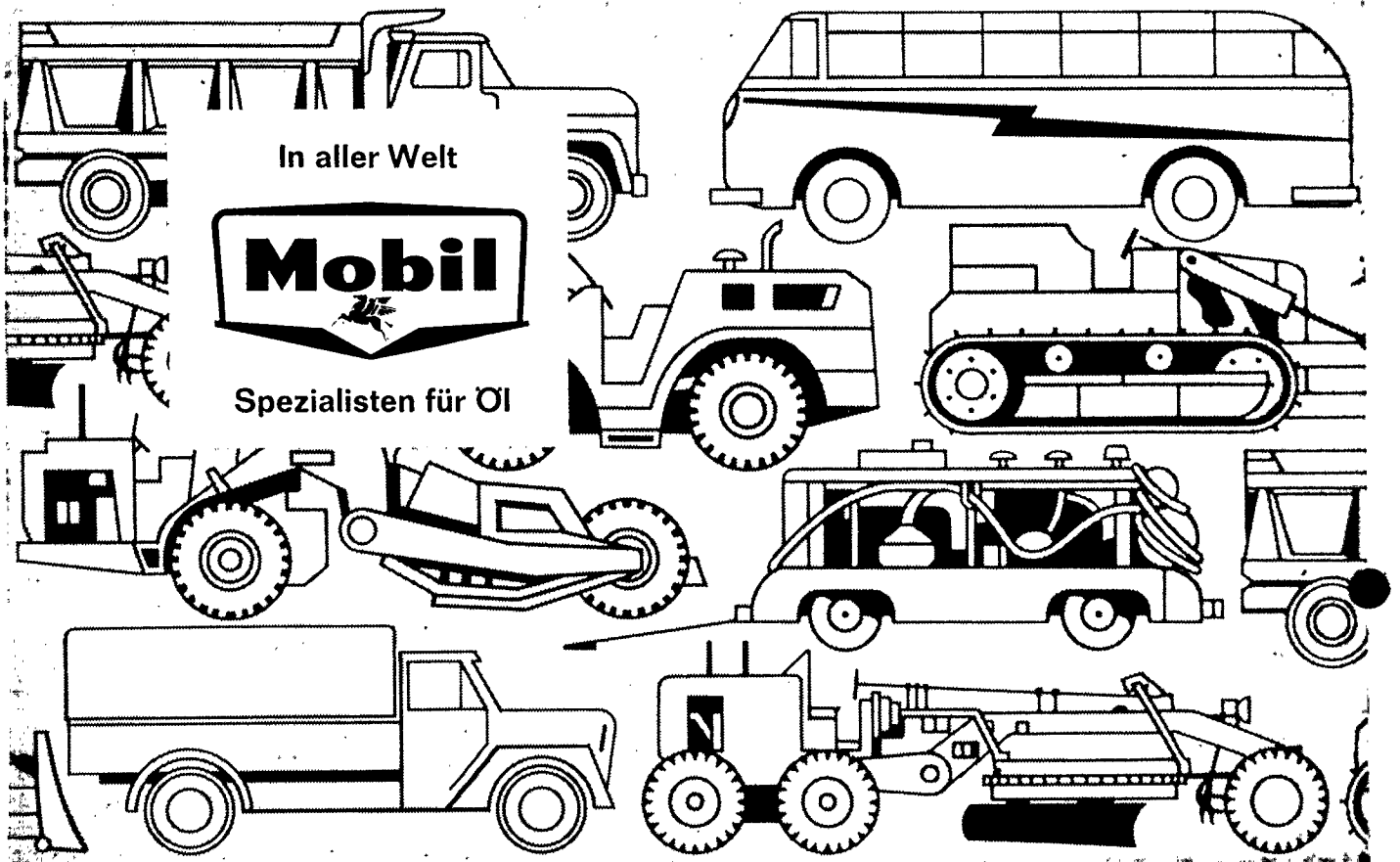
Sigl. = Ing. Rüd. Gornil
BAUBERATUNGSGESELLSCHAFT M. B. H. **PLANUNG - BERATUNG FÜR**
6 FRANKFURT AM MAIN **STADT · GEMEINDE · INDUSTRIE**
MÜNCHENER STR. 12 · RUF: 331412
WASSERVERSORGUNG · KANALISATION · ABWASSERREINIGUNG

Planungs- und Beratungsbüro

für **Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und sanitäre Anlagen**
Obering. K. WAGNER, VDI
Wiesbaden, Raenthaler Straße 14, Tel. 4 24 16

Deutsche *Wanner* Wärmetechnik GmbH
HEIZUNG - LÜFTUNG - TROCKNUNG
Wiesbaden - Mainzer Straße 110 - Telefon 7 44 41

Wintrich-Feuerlöscher Seit über 50 Jahren bestens bewährt
DEUTSCHE FEUERLÖSCHER-BAUANSTALT WINTRICH & CO, BENSHEIM · Fernruf 24 66



MD 1256

In intensiver Forschungsarbeit und mit jahrelanger Erfahrung schufen unsere Spezialisten ein neues Dieselmotoren-Schmieröl:

DELVAC

1100

1300

Wie unterschiedlich die Betriebsbedingungen auch sind - Sie brauchen nur ein Schmieröl: ein Öl aus den DELVAC-Reihen. Denn DELVAC wurde von Mobil nach der 4-Faktoren-Forderung entwickelt. Das heißt: DELVAC erfüllt die Anforderungen aller Kraftstoffe, aller Motorentypen, aller Einsatzbereiche, aller Ölwechsellvorschriften - DELVAC ist vollendet ausgeglichen! Schmieren Sie Ihre Dieselmotorentypen rationell - vereinfachen Sie Ihre Lagerhaltung - senken Sie Ihre Betriebskosten: mit dem neuen DELVAC von Mobil.

DELVAC — das vollendet ausgeglichene Dieselmotoren-Schmieröl

Wir beraten Sie gern. Bitte wenden Sie sich an

Mobil Oil AG in Deutschland, 2000 Hamburg 1, Steinstraße 5